



**werkSTADT**

Wie wir in Zukunft Stadt sein wollen

# Abschlussbericht

Dezember 2016



**Heidenheim**  
an der Brenz

# Abschlussbericht der *werk*STADT

Dezember 2016

Vorwort von Oberbürgermeister Bernhard Ilg	1
Fokusgruppe 1 Brenz für Jung und Alt	3
Fokusgruppe 2 Heidenheim als Hochschulstadt	4
Fokusgruppe 3 Platzgestaltung	5
Fokusgruppe 4 Bürgerbeteiligung	9
Fokusgruppe 5 Rad-/Fußgängerverkehr/ÖPNV	
Teilbereich Fußgänger	11
Teilbereich ÖPNV	15
Teilbereich Fahrrad	20
Fokusgruppe 6 Sexy Stadt	24
Fokusgruppe 8 WCM-Areal nutzen	25
Fokusgruppe 9 Regionale Zusammenarbeit	26
Fokusgruppe 10 Energieautarke Stadt	27
Fokusgruppe 11 Landverbrauch einschränken	31
Fokusgruppe 12 Haus der Bildung	33
Fokusgruppe 13a Integration	34
Fokusgruppe 13b Integration – Teilhabe von Menschen mit Behinderungen	35
Fokusgruppe 141 Sport	39
Fokusgruppe 142 Kinder und Familie	42

## Koordination

Stadt Heidenheim

Birgit Baumann

[birgit.baumann@heidenheim.de](mailto:birgit.baumann@heidenheim.de)



## Ein *werk* für die STADT

Als sich im Oktober 2011 rund 300 Bürgerinnen und Bürger zwei Tage lang im Congress Centrum Heidenheim versammelt haben, um gemeinsam zu überlegen, „wie wir in Zukunft Stadt sein wollen“, konnten wir uns alle noch nicht vorstellen, ob und was bei diesem Prozess wohl herauskommt.

Nach fünf Jahren dürfen wir mit Stolz bilanzieren:  
Über zwei Drittel der Empfehlungen aus der Bürgerschaft sind umgesetzt bzw. derzeit noch in Bearbeitung. Fachleute bestätigen uns, dass sie keinen vergleichbaren Beteiligungsprozess kennen, der so konsequent über Jahre hinweg die Themen abarbeitet. Das liegt zum einen an dem landesweit einzigartigen für Heidenheim entwickelten „Patenmodell“, zum anderen an den 120 Beteiligten, die sich mit viel Herzblut und Zeit für „ihre Stadt“ investiert haben. Auch das ist einzigartig.

Die *werk*STADT Heidenheim legte die Grundlage für eine Kultur der Beteiligung für die Stadtqualität von morgen. Jedes Jahr öffnen sich neue Türen, diese Anregungen und Empfehlungen aufzugreifen und weiter zu entwickeln. Das städtebauliche Leitbild 2024 knüpft an viele Ideen und Visionen der *werk*STADT an.

Ein *werk* für unsere STADT Heidenheim, welches auch in den kommenden Jahren weiterlebt!  
Danke an alle, die sich beteiligt haben!



Bernhard Ilg  
Oberbürgermeister



## Zeichenerklärung

### Realisierung und Bearbeitungsstand der Handlungsempfehlungen



#### **Erledigt!**



Statusänderung "erledigt" gegenüber Dezember 2015

Details zur Erledigung



#### **in Bearbeitung**



Kommentar Bearbeitungsstand

Änderung gegenüber Dezember 2015



#### **für die Kommune derzeit nicht möglich**



Statusänderung "Realisierung derzeit nicht möglich" gegenüber Dezember 2015



Begründung

FAZIT

Mit dem Konzept „erlebbarer Brenz“ hat die Stadtverwaltung die Interessen der Fokusgruppe vollständig umgesetzt. Jährlich werden neue Abschnitte der Brenz aufgewertet, z. B. mit Spielplätzen, Picknicktischen oder Bänken.



- Neugestaltung des Bereichs um den Treff9 mit „Brenzinsel“

- Umbau des Brenzufers im Bereich Ploucquet-Areal

Der Umbau des Brenzufers ist entsprechend den Vorstellungen der Fokusgruppe abgeschlossen.



- Sandstrand im Brenzpark

⌄ Auf vielfachen Wunsch der Besucher wurden 2014 zunächst die Seilkletterbrücke und das Sonnensegel installiert.

2015 wurde die Kletteranlage „Wilde Welle“ – ein für den Brenzpark entworfenes Großspielgerät – in Betrieb genommen. Die Anlage findet großen Zuspruch und sorgt für hohe Besucherfrequenz des Brenzparks.

Im zehnten Jubiläumsjahr des Brenzparks wurde deutlich, dass die vom Gemeinderat entwickelte Vision zur Weiterentwicklung des Brenzparks auch den Besucherinteressen entspricht.

Im Fokus steht die Weiterentwicklung der Gastronomie mit Toiletten, Veranstaltungen, Spielen und Bewegung, Bildung und Bürgerengagement.

- Einbindung der Fokusgruppe in die Weiterentwicklung des WCM-Areals

⌄ Für das WCM-Gelände ist derzeit ein Campus als Erweiterung der DHBW in der Überlegung. Mit diesem Ziel finden Gespräche mit Land, potenziellen Nutzern und Investoren statt. Sobald die Planungen konkret werden, soll die Fokusgruppe zur Gestaltung des Brenzufers mit eingebunden werden.

FAZIT

Das Anliegen der Fokusgruppe erfährt neue Aktualität durch die Vernetzung von DHBW, ITZ und Technologiezentrum über ein TECHNOlab. Ziel ist es, junge Tüftler, Nerds, Studierende und Schüler für innovative, interdisziplinäre und internationale Unternehmensteams in einer Makerszene zu vernetzen und damit zu einem Startup zu ermutigen. Das Lab bietet einen modernen Maschinenpark und ein kreatives und buntes Workshop-Areal zum innovativen Arbeiten. Von der Zielrichtung her orientiert sich das Lab bei den Hardwarelösungen auf individualisierte kleinteilige Serienproduktionen. Schwerpunkt der Arbeit im Lab ist das "Internet der Dinge" und digitale Räume. Die Veranstaltungsreihe „Mensch. Industrie. Netz.“ ergründet den Weg zur Industrie 4.0.



- Heidenheim als Hochschulstadt –  
Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung durch mehr Werbung

„Heidenheim macht Schule – der Bildungskompass!“ ist 2015 mehrsprachig neu aufgelegt worden. Es erscheinen laufend Anzeigen in regionalen und überregionalen Publikationen, Beteiligung am Stadtführer „Schlossblick“. Regelmäßig veröffentlicht die Heidenheimer Zeitung eine Hochschuleseite mit aktuellen Entwicklungen an der DHBW. Für die Erstsemester gibt es das Gutscheineheft „Starter Goodies“.

- Etablierung der MINT-Akademie und  
Zukunftsakademie durch Unterstützung  
mit Haushaltsmitteln

2013 wurden in der Forscherwerkstatt Rote Halle auf ca. 800 m<sup>2</sup> Werkstätten, eine Präsenzbibliothek, Vorlesungsräume sowie Verwaltungsräume errichtet. Im Sommer 2016 ist der Umzug ins gegenüberliegende Gebäude (Gelbe Halle/ehemaliges Ballenlager) erfolgt. Seit 2015 ist die Trägerschaft der Junior-Akademie beim Verein Zukunftsakademie Heidenheim e.V. Die Stadt unterstützt organisatorisch und finanziell. Das Kursangebot der MINT-Akademie wurde mit den regionalen Hochschulen (Universität Ulm, HTW Aalen, HS Ulm) abgestimmt und die Modulhalte der Grundlagenvorlesungen entsprechend den Lehrinhalten der Hochschulen festgelegt.

Zusätzlich besteht eine Zusammenarbeit mit der Zukunftsakademie, um Jugendlichen durchgängig von der Schule bis zu einem DHBW-Studium MINT-Förderung anbieten zu können. Die MINT-Akademie ist zunächst bis 2018 gesichert.

- Bildungsregion Landkreis und  
Stadt Heidenheim gemeinsam stärken

Beschlüsse wurden in Gemeinderat und Kreistag gefasst.

- Gemeinsames Bemühen mit Industrie,  
Handel und Wissenschaft um einen  
zweiten DHBW-Würfel auf WCM-Gelände

Die Stadt Heidenheim und die DHBW Heidenheim wollen mit der Einrichtung eines weiteren Hochschulzentrums auf dem WCM-Areal eine weitere Bildungs- und Forschungseinrichtung an die Brenz holen. Hierfür finden derzeit Gespräche mit dem Land und potenziellen Investoren statt. Neben dem zusätzlichen Raumbedarf der Dualen Hochschule sollen Schulungs- und Vorlesungsräume für städtische Bildungseinrichtungen und Akademien geschaffen werden. Hierzu zählen die Zukunftsakademie, die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie, die Seniorenakademie sowie die MINT-Akademie. 2015 konnte die Stadt das WCM-Areal erwerben. Im September 2016 ist die Sekundarstufe der Friedrich-Voith-Schule in die Rote Halle eingezogen.

- Vorgabe der  
architektonischen Rahmenbedingungen  
für die Bebauung des WCM-Areals

Einen Bebauungsplan gibt es noch nicht. Ihn zu erstellen wird erst sinnvoll, wenn klar ist, welche Nutzungen auf dem WCM-Areal realisiert werden sollen. Dann können auch die architektonischen Rahmenbedingungen festgelegt werden.

Es ist jedoch weiter erklärtes politisches Ziel des Gemeinderates, auf dem WCM-Areal einen weiteren Campus für die DHBW Heidenheim anzusiedeln.

Im Flächennutzungsplan 2029 (noch nicht rechtsverbindlich) wird das WCM-Areal als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung Hochschule dargestellt.

FAZIT

Viele Anregungen der Fokusgruppe konnten in den letzten drei Jahren umgesetzt werden. Einige Wünsche scheitern aus Sicherheitsgründen, privaten Eigentumsverhältnissen oder an finanziellen Möglichkeiten. Die Umgestaltung des Rathausumfeldes erfährt mit dem städtebaulichen Leitbild und der notwendigen Rathaussanierung eine neue Dynamik und bleibt im Fokus der Stadtentwicklung.



**Eugen-Jaekle-Platz**

- ④ Bank im 3/4-Kreis zwischen Baum und Pergola  
| Aufstellung ist im Frühjahr 2015 erfolgt.
- ⑤ Stele mit Übersichtskarte aller Schlossaufgänge  
| Aufstellung ist im Frühjahr 2015 erfolgt.
- ⑥ Stelen in der Hinteren Gasse  
| Aufstellung ist im Frühjahr 2015 erfolgt.



**Eugen-Jaekle-Platz**

- ① Sitzwürfel im Bereich Mikado

Sitzwürfel sind verschiebbar und werden damit zur Gefahr für die Verkehrssicherheit auf der Straße. Deshalb werden sie nicht realisiert.

- ② Pflanzkübel bei Pergolastützen

Die Pflanzbehälter führen zu einer Überbetonung der Pergolastützen, die Leichtigkeit der Konstruktion geht verloren, an diesem stark frequentierten Platz ist mit Vandalismus zu rechnen (am Wedelbüble wurden die Blumenkästen regelmäßig zerstört).

- ③ Kaufgesuch Privatflächen, die zum Parken verwendet werden

Mehrere Versuche, Privatflächen für das Parken zu erwerben, sind gescheitert.

**Gabenstraße**

- ① Größere Pflanzenbehälter  
 Größere Pflanzbehälter wurden im Frühjahr 2016 aufgestellt.

**Gabenstraße**

- ② Zwei große Kunstwerke (Künstlerwettbewerb)

Mittelfristig steht die Rathaussanierung mit Umfeld an. Ein Künstlerwettbewerb könnte dabei integriert werden.

**Gabenstraße**

- ① Pflanzung von vier Bäumen

Von Bäumen muss Abstand genommen werden, da der Wedel für jede Baumpflanzung speziellen Wurzelschutz verlangt, d.h. der finanzielle Aufwand steigt um ein Vielfaches und ist nicht vertretbar.

- ④ Wassergebundene Decke für Baumhain  
| Nach zugesagter Generalreinigung wurde die wasser-gebundene Decke 2015 eingebaut.

- ③ Inbetriebnahme Brunnen am Rathausplatz

Die Technik des Brunnens ist kaputt. In Zusammenhang mit der Rathaussanierung steht die Neugestaltung des Umfeldes an. Der Brunnen wird in jedem Fall entfernt.



### Hintere Gasse

- 1 Drei Pflanzkübel am Kleinen Schlossplatz  
Kübel wurden im Frühjahr 2016 aufgestellt.
- 2 Sitzbank statt Fahrradständer und baugleich Ersatz für rote Bank  
Aufstellung ist in 2015 erfolgt.

### Schlossaufgänge

- 1 Bessere Ausschilderung an den Aufgängen mit Stelen/Übersichtspläne  
Im Frühjahr 2015 erledigt.

### Schloßstraße

- 2 Entsiegelung und Baumpflanzung anstelle zweier Pflanzenbehälter  
Das Clichyparkhaus wird bis Ende 2016 abgerissen. Das Umfeld wird von den Eigentümern in Absprache mit der Stadt neu gestaltet. Das Baugesuch für den Neubau wurde genehmigt. Die Grünplanung steht noch aus.



### Hintere Gasse

- 3 Baumbepflanzung an NW-Ecke Haus Benzinger  
Die Baumbepflanzung ist aus Brandschutzgründen nicht möglich. Es kämen dann keine Feuerwehrfahrzeuge mehr durch.

- 4 Installation historische Bildertafel am Haus Benzinger

Schwierige private Eigentumsverhältnisse

### Schlossaufgänge

- 2 Ausleuchtung von Hermann-Mohn-Weg (Heidenschmiede)

Die Begehbarkeit ist äußerst schwierig, dies macht auch die Montage der Beleuchtung sehr teuer (reine Handarbeit). Die Fußgängerfrequenz rechtfertigt im Moment diese hohen Investitionskosten nicht.

- 3 Sanierung Herrenwegle – barrierefrei

Ein barrierefreier Ausbau kostet zwischen 800.000 und 900.000 Euro, da sehr viel Handarbeit notwendig ist. Die Begehbarkeit wird gewährleistet.

### Schloßstraße

- 1 Fußgängerzone, Pflasterung statt Asphalt, Entfernung Parkplätze

Befahrbarkeit der Schloßstraße ist wesentlich für die Bewohner und die Anfahrt des Clichy-Parkhauses. Die Schloßstraße ist wesentlicher Bestandteil des Verkehrssystems.

- 3 Errichtung Kunstwerk vor dem ehem. Standort Tee-paradies, Eugen-Jaekle-Platz

Ein Kunstwerk verengt diese Stelle zusätzlich und ist daher städtebaulich nicht zu unterstützen.



## Rathausumfeld

### 2 Einbindung des Gefängnis-Areals

Die Empfehlungen der Fokusgruppe sind vollständig in den Planungen der neuen Stadtbibliothek und des Umfeldes berücksichtigt.

Bauarbeiten wurden begonnen, Einweihung der Stadtbibliothek ist für November 2017 vorgesehen.

### 3 Verlegung der Tiefgaragenzu- und abfahrt an den südöstlichen Bereich

Die Tiefgaragenzufahrt wird in die Helmut-Bornefeld-Straße gegenüber der Pauluskirche verlegt.

Der Umbau der Tiefgarage begann im Sommer 2016.



## Rathausumfeld

### 1 Unterstützung für Entwurf Molenaar bei Neugestaltung



## Bahnhofsvorplatz

### 1 Kauf und Abriss von Imbissgebäude

Der Eigentümer ist momentan nicht verkaufsbereit.

### 2 Verbesserungsvorschlag für Fußgänger

Eine Verbesserung für Fußgänger ist an dieser Stelle nicht möglich, da der Kiosk privat ist und erhalten bleiben muss.

## Marienstraße

### ● Entsiegelung in Straßenmitte für ca. 3 Bäume auf Höhe Finanzamt

Die Entsiegelung erfolgt, wenn die Marienstraße erneuert wird.

## Am Wedelgraben / Bebauungspläne

### ● Bebauungsplan gewährleistet denkmalgeschützte Sachgesamtheit

Momentan bringt die Aufstellung eines Bebauungsplanes keine städtebauliche Aufwertung.

## Beleuchtungskonzept Hauptstraße

### ● Unterstützung für Konzeptentwurf „bauwerkstadt Winkels und Partner“ aus 2004

Für die Umsetzung des Beleuchtungskonzeptes braucht man private Partner aus Handel und Gewerbe.



### Sauberkeit

#### 1 Bereitstellung finanzieller Mittel für mehr Reinigung durch externe Auftragnehmer

Es wurde eine zusätzliche Reinigungskraft auf Stundenbasis eingestellt, die die Stadtreiniger unterstützt.



### Sauberkeit

#### 2 Professionelle Werbekampagne für mehr Sauberkeit

Unsere Kehrmaschinen werben für mehr Sauberkeit. Eine große Werbekampagne scheitert derzeit an finanziellen Mitteln.

Die Erfahrung zeigt, dass die Sauberkeit in der Stadt ein Dauerthema bleibt. Die Stadt ist auf die Mitwirkung und Wegwerfdisziplin ihrer Einwohner angewiesen. Werbekampagnen appellieren an das Bewusstsein, bewirken aber nicht zwangsläufig eine Verhaltensänderung.



#### 3 Standortüberprüfung Papierkörbe

Die Papierkorbstandorte werden regelmäßig überprüft. Bei Bedarf gibt es zusätzliche Papierkörbe, etwa an neuen Bushaltestellen oder auf dem Plouquet-Areal. In der gesamten Innenstadt wurden neun Abfallbehälter erneuert und 2016 zwei zusätzliche aufgestellt.

#### 4 Altpapierabfuhr in Fußgängerzone auf Wochentag verschieben

Die Samstagsabholung bleibt zugunsten der Vereine. Allerdings ist für die Innenstadt eine zusätzliche Sammlung eingeführt worden, damit die „Berge“ am Samstag nicht zu hoch sind. Eine Nachkontrolle findet statt.

FAZIT

Die Fokusgruppe verstärkte mit ihren Anregungen die Absicht der Stadt Heidenheim, der Bürgerschaft und den von ihr hervorgebrachten gesellschaftlichen Gruppierungen partnerschaftlich zu begegnen.

Durch den technischen Fortschritt und die Ausbreitung digitaler und vor allem mobiler Onlinemedien und -geräte und vor allem durch deren stark gestiegene Nutzung geschieht dies unkomplizierter und intensiver als je zuvor.

Heidenheim ist landesweit gesehen die erste Stadt, die bereits im März 2016 die Novelle zur Gemeindeordnung (GemO) Baden-Württemberg zur Verbesserung der politischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt hat.



• **Live-Übertragungen aus dem Gemeinderat**

Aus Erfahrungen anderer Städte hat es sich gezeigt, dass Live-Übertragungen zu wenig Publikum finden.

Das neue Bürgerinfoportal ermöglicht es, dass Beschlüsse des Gemeinderats bereits am Vormittag des nächsten Tages im Internet veröffentlicht werden. Zugriffszahlen belegen das Interesse der Bevölkerung.



• **Neue Formen der Bürgerbeteiligung -  
Transparenz und Partizipation erzeugen  
Akzeptanz!**

Die Stadt geht immer wieder neue Wege, um Bürger zu beteiligen.

Die wegen der B 19 eingerichtete und von HZ und Stadt gemeinsam administrierte Facebook-Gruppe „Freie Fahrt in Heidenheim an der Brenz“ hat sich als Instrument der Information, Kritik und Partizipation bewährt. Solche Gruppen werden nun ständig für größere Straßenbauvorhaben eingerichtet, z.B. die Paul-Hartmann-Straße.

Neuerdings hat sich bei Verkehrsbeschränkungen die intensive Nutzung von Facebook behauptet, teilweise mit bezahlten Posts zur Reichweitenerhöhung. Die früher üblichen Beschwerden sind drastisch zurückgegangen, nicht zuletzt, weil die Bürger sich gegenseitig informieren können.

Hohe Akzeptanz haben die auf allen denkbaren Kommunikationswegen betriebenen Plattformen zur Stadtbibliothek (2013) und zur Bürgerversammlung (2014) gefunden.

2015 präsentierte die Stadt erstmalig vier Wochen lang alle Straßenbauvorhaben des Folgejahres, um Bürgern und Anwohnern die Möglichkeit der Beteiligung vor Baubeschluss zu geben.

Zur Flüchtlingshilfe wurde ein Blog von der Stadt eingerichtet, um alle Fragen von Bürgern und Engagementwilligen sowie Angebote verschiedener Organisationen zu bündeln.

Ein weiterer Blog zum Verkehrsthema Fahrrad wird im März 2017 folgen, damit sowohl Informationen als auch der Austausch kontroverser Argumente veröffentlicht werden können.



• Neue Formen der Bürgerbeteiligung -



Leitlinien zur Bürgerbeteiligung:

- Mögliche Projekte für die Beteiligung der Stadtgesellschaft werden ausgewählt.
- Eine Projektgruppe aus BürgerInnen erörtert, recherchiert, denkt, entwickelt.
- Ein Projektbüro unterstützt die Projektgruppe. Informationen müssen transparent, allparteilich, durchgängig, offen verfügbar sein.
- Bürgerengagement muss wertgeschätzt werden und braucht Akzeptanz.

Während der vergangenen Jahre ist deutlich geworden, dass „Leitlinien zur Bürgerbeteiligung“ keinen praktischen Nutzen stiften.

Vielmehr bedient die Stadt immer wieder neue Formen der Beteiligung über die Online-Kommunikation, was bei den Beteiligten auf große Akzeptanz stößt.

Die Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement „Ich für uns“ hat von Anfang an Leitlinien des Bürgerengagements formuliert, an der sich die Stadt, die Organisationen und die Freiwilligen orientieren. Menschen suchen sich ihre Projekte und Themen selbst. In den vergangenen drei Jahren gab es kein Thema, das sich für die Bearbeitung durch eine Projektgruppe geeignet hätte.

• Planungsregister für Beteiligungsprojekte erstellen



Heidenheim ist Modellkommune für ein Planungsregister. Die Stadt hat Planungsvorhaben mit allen Unterlagen dort veröffentlicht. Die Veröffentlichung erzielte jedoch keine beteiligende Wirkung.

Das in der Praxis angestrebte Ziel setzt die Stadt beispielsweise dadurch um, dass bei Straßenbauvorhaben die Anwohner und Grundstückseigentümer in die Planungen eingebunden werden, bevor Bauvorhaben vom Gemeinderat beraten und beschlossen werden.

Außerdem führen wir bei Bebauungsplanverfahren Bürgerinformationsveranstaltungen durch.

• Verpflichtung der Stadt Heidenheim zur Prozesskontrolle



Am Beispiel der *werkSTADT* hat die Stadt bewiesen, dass sie alle Prozesse, die durch Anregungen und Empfehlungen der Bürger in Gang gekommen sind, transparent gemacht und die Ergebnisse dokumentiert hat.

FAZIT

Kurz- und mittelfristige Ziele wurden sowohl beim Fußverkehr als auch beim ÖPNV überwiegend umgesetzt. Grenzen setzen auch hier technische und rechtliche Hürden. Die Barrierefreiheit an Bushaltestellen sowie die Trennung von Geh- und Radwegen erfolgt auch weiterhin schrittweise im Zuge von Straßensanierungen.



-  **2** Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Gehwege nicht zusätzlich als Radwege auszuweisen, sondern Radwege im Fahrbahnbereich zu führen. Unter beengten Platzverhältnissen können Kinderwagen, Rollstühle und Rollatoren nicht konfliktfrei den Gehweg mit Radfahrern teilen. Der Schutzstreifen in der Steinheimer Straße hat sich bewährt. Weitere Schutzstreifen sind in der Bergstraße, Beethovenstraße und Friedrich-Pfenning-Straße vorgesehen. In der Paul-Hartmann-Straße wird es einen Radfahrstreifen geben. Sofern es die Platzverhältnisse ermöglichen, werden zukünftig Geh- und Radwege getrennt.

- 1** Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Bereichen mit hohem Fußgängeraufkommen die höchstzulässige Fahrgeschwindigkeit auf 30 km/h zu begrenzen. Aktuelle Beispiele: Teile der Bergstraße, Römerstraße, rund um den Schillerkreis

 Im Rahmen des Lärmaktionsplanes ist es vorgesehen, diverse Straßen auf Tempo 30 zu reduzieren (z. B. Ploucquetstr., Schnaitheimer Str., Römerstraße). Die Rechtsgrundlage zur Umsetzung des Lärmaktionsplanes ist derzeit unklar.

- 3** Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Verkehrsüberwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs insbesondere zur Wahrung der Fußgängerrechte zu verstärken.

 Die Verwaltung legt dem Gemeinderat ein Konzept vor, in wie weit zusätzliches Personal als kommunaler Ordnungsdienst eingesetzt wird, um die Rechte der Fußgänger und Radfahrer zu stärken.

- 4** Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Fußgängerwege zwischen ZOH und Bahnhof auffällig zu beschildern, möglichst kurz und auf direkte Sicht zu führen.

- 4** Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zwischen ZOH und Bahnhof entsprechende Querungshilfen über Verkehrsstraßen einzurichten, damit Jugendliche wie auch Personen mit Handicap einen sicheren und direkten Weg finden (Beispiel „wilde“ Querung bei EGR).

Die Beschilderung besteht seit der LGS 2006 in Form des Fußgängerleitsystems. Gesicherte Übergänge sind zwischen den beiden bestehenden Ampeln technisch und rechtlich nicht möglich.



- 5 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Bahnhofplatzbereich als „Begegnungszone“ ähnlich der Ulmer Neuen Mitte zu gestalten oder auf andere Weise dort den Fußgängern bei Fahrbahnquerungen Vorrang zu verschaffen.

Derzeit gibt es Planungen im Rahmen des städtebaulichen Leitbilds, den Bahnhofsvorplatz inklusive Levillain-Anlagen umzugestalten.

- 6 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der DB eine Lösung zu erarbeiten, der Bahnhof für Fußgänger von der Oststadt sowie vom Brenzpark samt Lokschuppen ohne Umwege und Barrieren zugänglich macht - Lösung Überführung:

Im Zuge der Bebauung des südlichen WCM-Areals gibt es die Idee, einen Fußgängersteg als Verbindungsachse zum DHBW-Gelände zu erstellen.

- 6 Lösung Unterführung: die Fußgängerunterführung im Bahnhof wird vollständig öffentlich gemacht und bis in den Brenzpark verlängert.

Diese Lösung wurde im Vorfeld der LGS 2006 untersucht und verworfen, da im Untergrund Altlasten liegen und der hohe Grundwasserstand und die damit verbundenen höheren Kosten als entscheidend angesehen wurden.

- 7 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für Fußgänger und Fahrradfahrer eine Querverbindung zwischen Fürsamen und Heidenheimer Str./Mittelrainstr. über die Bahnlinie zu planen und auszuführen.

Die Erschließung des 3. Bauabschnittes Fürsamen ist aufgrund archäologischer Grabungen nicht vorhersehbar. Deshalb ist eine beidseitige Bushaltestelle für eine bessere Anbindung des Baugebiets Fürsamen am bestehenden Fußgängersteg (Nähe Gärtnerei Huber) vorgesehen. Im Bereich der Gärtnerei Huber wird derzeit ein Bebauungsplan aufgestellt. Dadurch verändert sich Lage und Zeitplan für die Bushaltestelle.

- 8 Beleuchtung - Verbesserung an der ZOH

Im November 2015 wurde die Beleuchtung an der ZOH umgerüstet. LEDs sorgen für eine verbesserte, helle, direkte Ausleuchtung von oben.

- 8 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Beleuchtung der Fußwege und Bushaltestellen zu prüfen und zu verbessern, insbesondere die am Ottilienweg.

Die Stadtwerke Heidenheim AG beleuchten Fußwege und Bushaltestellen nach DIN-Norm. Bei Umbauarbeiten von Bushaltestellen wird die Beleuchtung überprüft und gegebenenfalls angepasst.

- 9 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Fußwege, Bushaltestellen und ihre Zugänge für die Fußgänger beim Winterdienst gleich nach der Fahrbahnräumung frei räumen zu lassen.

- 10 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Split auf den öffentlichen Fußwegen direkt nach dem Winterdienst ebenso wie im Fahrbahnbereich beseitigen zu lassen.



- 11 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Belag des Herrenweges zum Schlossberg in Stand zu setzen.

| Das Herrenwege wurde 2014 saniert.

- 12 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Fußgänger-Ampelschaltungen auf Abruf („Signal kommt“) auf kürzestmögliche Wartezeiten für die Fußgänger zu beschleunigen.

 Die Ampelschaltungen wurden soweit wie möglich optimiert.

- 14 Die Bedarfsschaltung der Fußgängerampel an der Abbiegespur auf der Clichystraße Richtung Schnaitheimer Straße wird dort oft nicht erkannt, weil im Umfeld nicht vorhanden; die Fußgänger werden dann nur jedes zweite Mal grün geschaltet.

| Die Hinweistafeln für die Bedarfsschaltung der Fußgängerampeln wurden angebracht.



- 15 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wo vermehrter Einsatz von „Zebrastrifen“ die Querungssicherheit für Fußgänger auf städtischen Straßen erhöhen können und diese einzurichten. Beispiele: Römerstr. bei Neunhoeffterstr. Bushalt, Hauptpost zu Levillain-Anlage, St. Pöltener Str. bei August-Lösch-Str., diverse Querungen der Ludwig-Lang-Str. u. a.

 In Straßen mit Tempo 30 sind rechtlich keine Zebrastrifen zulässig.  
Die Römerstraße/Neunhoeffterstraße sind im Sanierungsgebiet Oststadt; dabei werden auch die Verkehrsbeziehungen neu untersucht.  
Die St. Pöltener Straße ist zu breit.  
In Verbindung mit Straßensanierungen werden zunehmend Querungshilfen für Fußgänger eingebaut, z. B. 2015 zwei Querungshilfen in der Felsenstr., 2016 drei in der Paul-Hartmann-Straße.  
Für 2017 sind zwei Querungshilfen in der Römerstraße geplant.



- 13 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, an Ampelkreuzungen mit hohem Fußgängeraufkommen „Diagonal-Grün“-Ampelschaltungen für die Fußgänger einzurichten,

Bsp. Ulm:

Kreuzung Karlstr./Frauenstr.

In HDH betrifft vor allem die Kreuzung:

Olgastr./Marienstr.,  
Bergstr./Wilhelmstr.,  
Bergstr./Clichystr.  
Brenzstr./Marienstr.

Das heutige Verkehrsaufkommen lässt an diesen Kreuzungen diese zeitintensivere Vorrangschaltung für Fußgänger nicht zu.

- 14 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Fußgängerampel an der Abbiegespur auf der Clichystr. Richtung Schnaitheimer Str. in jeden Schaltumlauf der gesamten Ampelanlage zu integrieren.

Die Bedarfsschaltung an der Kreuzung Clichystr./Schnaitheimer Straße kann nicht in den Schaltumlauf der gesamten Ampelanlage integriert werden, weil der Verkehr aus der Bergstraße dann nicht mehr abfließen kann.



- 16 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Kreisel Christianstr./Helmut-Bornefeld-Str. im Zuge der Neugestaltung des Bereichs Bibliothek neu zu überdenken.

Für Fußgänger und Autofahrer ist dieser Kreisel problematisch.

Der Kreisel entfällt im Zuge des Neubaus der Stadtbibliothek. Die Gehwege werden breiter.

- 17 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine gefahrlose Querungslösung für die Friedrich-Ebert-Str. auf der Höhe der Städtischen Betriebe zu planen und einzurichten, da dort die Fahrgeschwindigkeiten hoch sind, aber die Übersicht für Fußgänger gering ist.

Die Realisierung verschiebt sich bis auf weiteres, weil der Bund zahlreiche Straßen saniert und dieser Abschnitt als Umleitungsstrecke gebraucht wird.

FAZIT

Kurz- und mittelfristige Ziele wurden sowohl beim Fußverkehr als auch beim ÖPNV überwiegend umgesetzt. Grenzen setzen auch hier technische und rechtliche Hürden. Die Barrierefreiheit an Bushaltestellen sowie die Trennung von Geh- und Radwegen erfolgt auch weiterhin schrittweise im Zuge von Straßensanierungen.

Größere Änderungen im ÖPNV werden sich voraussichtlich durch die europaweite Ausschreibung des Liniennetzbündels 1 (Stadtbusverkehr) 2017 ergeben. Die Anregungen der Fokusgruppe wurden in die Ausschreibung aufgenommen.



1 Die Stadtverwaltung soll alle Möglichkeiten für die Einführung von Kombitickets (Eintritt mit ÖPNV) bei Veranstaltungen insbesondere auf dem Schlossberg prüfen und mit den Trägern der Spielstätten und den Veranstaltern vertraglich festschreiben, grundsätzlich bei städtischen Veranstaltungen.  
Beispiel: Tickets für Stuttgarter Theater/Oper/Konzerte u.a. nur mit VVS-Kombiticket käuflich.

2 Die Stadtverwaltung soll mit den ÖPNV-Dienstleistern die Fahrdienste zu und von Veranstaltungen insbesondere auf dem Schlossberg vertraglich regeln, z.B. auch durch zusätzliche Nachtbusse auch auf eigenen Linien.  
Dazu ist Kommunikation zwischen Veranstaltern und ÖPNV-Dienstleistern erforderlich, die anfänglich von kommunaler Seite betreut werden muss.

Für 2015 war ein Kombiticket mit der HVG angedacht. Grundsätzlich wäre es möglich gewesen, zwei Buslinien anzubieten.  
Als praktisches Problem erwies sich jedoch, dass Interessierte im ganzen Stadtgebiet verteilt wohnen und sich dann die Fahrzeit für einzelne Fahrgäste auf über eine Stunde verlängert.



- 3 Die Stadtverwaltung soll durch Vertrag mit einem Busunternehmen eine neue Stadtbuslinie von der ZOH durch Kanalstr., Nördlinger Straße und B 19 nach Schnaitheim und zurück einrichten, sobald das WCM-Gelände beplant ist. Die Linie soll Lokschuppen, WCM-Gelände, Brenzpark Ost, Festplatz, Wohngebiet Fürsamen, bis Schnaitheim bedienen.

Der Stadtbusverkehr wird neu ausgeschrieben. 2017 soll die europaweite Ausschreibung erfolgen. Nach der Auftragsvergabe ist aus heutiger Sicht mit der gewünschten Linie zu rechnen.

Dies ist für die Nutzer weder wirtschaftlich noch praktikabel. Alternativ wurde die Nutzung der Mitfahrzentrale geprüft, dieses Angebot gilt nur für Menschen über 59 Jahre. Auch die Prüfung eines Sammeltaxis führte für potenzielle Fahrgäste zu einem finanziell nicht vertretbaren Ergebnis.

- 4 Die Stadtverwaltung soll prüfen, wie die Linienführung der Busse samt Haltestellen an den hsb-Sportpark und das Waldbad angenähert werden kann.

Die Bushaltestelle Scheidemannstraße wurde dem Waldbad um 150 m angenähert.

- 5 Die Stadtverwaltung soll im Rahmen der Neufassung des Nahverkehrsplans des Landkreises darauf hinwirken, dass die Versorgung an den Wochenenden verbessert wird.

Die Anregung ist in die europaweite Ausschreibung eingeflossen.

- 4 Parallel dazu soll die Stadtverwaltung Heidenheim eine neue gebührenpflichtige (Schracken-) Regelung für das PKW-Parken am Waldbad prüfen und ggfs. einführen, um die Benutzung des ÖPNV hierfür attraktiver zu machen.

Die Verwaltung nimmt von einer Gebührenpflicht Abstand, weil diese sonst die Familien als Hauptzielgruppe des Waldfreibads belasten würde.

- 6 Die Stadtverwaltung soll in Zusammenarbeit mit der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg die Bahn- und Bushaltepunkte in Mergelstetten an der Weilerstr./Carl-Schwenk-Str. zusammen legen. Dazu muss nicht nur der HP der Bahn verlegt, sondern die Stadtbuslinien müssen auch angepasst werden.

Im Zusammenhang mit dem Brenzbahnausbau wird dieser Wunsch geprüft.

- 7 Die Stadtverwaltung soll untersuchen, wie die Zug- und Bushaltestellen in Schnaitheim räumlich näher zusammen gelegt bzw. besser vernetzt werden können.

Das Sanierungsgebiet wurde bewilligt, eine Informationsveranstaltung hat im Oktober 2015 stattgefunden.

Die Optimierung von Zug- und Busverbindungen erfolgt zwei Mal jährlich in der Fahrplankonferenz. Im Rahmen des Sanierungsgebietes wird eine räumliche Annäherung geprüft.



- 8 Die Stadtverwaltung soll den in der Regionalplanung vorgesehenen stündlichen IRE-Verkehr von und nach Heidenheim nachdrücklich unterstützen samt den dafür notwendigen Ausbaumaßnahmen an der Brenzbahn.  
Dasselbe gilt für die Einbeziehung Heidenheims in das Ulmer S-Bahn-System.

⌋ Siehe Nr. 6

⌋ Die Stadt Heidenheim bewirkt dies im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der „Interessengemeinschaft Brenzbahn“.

- 9 Die Stadtverwaltung soll zusammen mit der DB den Wiederaufbau der Zweigleisigkeit des Schienenwegs im gesamten Stadtgebiet Heidenheim prüfen, verhandeln und ggf. mit einem Zuschuss beschleunigen, um Verspätungen durch Zugbegegnungen in diesem Bereich abzufangen.

Die Verhandlungen sind gescheitert, da die DB ihre Flächen in diesem Streckenabschnitt teilweise privat veräußert hat.

- 10 Die Stadtverwaltung soll mit der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg die Möglichkeiten der Verlängerung des vorhandenen IRE- und/oder des RE-Verkehrs auf der Brenzbahn einerseits über Aalen hinaus bis Würzburg Hbf sowie andererseits über Ulm hinaus bis Friedrichshafen/Basel prüfen und realisieren.  
Ziel: umsteigefreie Zugfahrten zunächst durch Kopplung bereits existierender Zugläufe.

⌋ Die Stadt bringt sich im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der „Interessengemeinschaft Brenzbahn“ für dieses Anliegen ein.

Der Fahrplanwechsel Dezember 2016 sieht mehrmals in der Woche eine durchgängige Zugverbindung nach Basel vor.

- 11 Die Stadtverwaltung soll zusammen mit dem HTV die Doppelbenennung „ZO...“ aufheben, indem der bisherige „ZOB“ in Haltestelle „Bahnhof“ umbenannt wird.  
Die bisherige Benennung führt zu Verwechslungen mit ZOH.

Die Umbenennung zum jetzigen Zeitpunkt führt zu mehr Verwirrung, zumal in Schnaitheim eine Bushaltestelle mit dem Namen „Bahnhof“ existiert.  
HVG und RBS unterstützen das Anliegen nicht.

- 12 Die Stadtverwaltung soll beim HTV und den Busunternehmen bewirken, dass an solchen Bushaltestellen, von denen mehrere Buslinien abfahren, nur je eine gemeinsame Abfahrtsliste ausgehängt wird.

Alle Busunternehmen verwenden unterschiedliche Fahrpläne, eine Zusammenführung kann nur von Hand erfolgen.  
Dies ist personell nicht leistbar.



- 14 Die Stadtverwaltung soll mit ihren Partnern im HTV und in Absprache mit der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg die Planung eines integrierten Taktfahrplans extern in Auftrag geben, der
- zu regelmäßig wiederkehrenden Busfahrzeiten auch bei Außenlinien führt (Problem Großkuchen),
  - Umsteigemöglichkeiten auch zu den Außenbuslinien in Heidenheim optimiert,
  - Bahnfahrten optimal mit dem Busverkehr verbindet unter Berücksichtigung der Fußweg-Zeiten.

Zwei Mal im Jahr findet die Fahrplankonferenz statt. Dabei werden die Anregungen aus der Bevölkerung aufgegriffen und Umsteigemöglichkeiten optimiert. Dies ist ein fortwährender Prozess.

- 16 Die Stadtverwaltung soll gemeinsam mit ihren Partnern im HTV Jobtickets offensiv mit weitergehenden Zuschüssen und wiederkehrenden Informationskampagnen bei Heidenheimer Firmen und Behörden propagieren, optimal im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Tickets.

Die Stadt hat im April 2014 das Jobticket für ihre Mitarbeiter wieder eingeführt.

Einige Unternehmen unterstützen ebenfalls ihre Beschäftigten bei Benutzung des ÖPNV.

- 13 Die Stadtverwaltung soll zusammen mit dem HTV und den Busunternehmen ständig aktualisierte elektronische Bus-Abfahrtsanzeigen samt der nötigen Infrastruktur zumindest an der ZOH und beim Bahnhof realisieren.

Voraussetzung für die elektronischen Anzeigen sind Echtzeitinformationen über die tatsächlichen Abfahrtszeiten. Diese sind nur möglich, wenn die eingesetzten Linienbusse Echtzeit-telemetriedaten liefern. Die Busunternehmen müssen dafür ihre Busse umrüsten. Dies ist sehr kostenintensiv und kann von der Stadt nicht beeinflusst werden.

- 15 Die Stadtverwaltung soll mit ihren Partnern im HTV und in Absprache mit der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg in absehbarer Zeit ein elektronisches Ticketsystem einführen. Hierfür muss die entsprechende Datenkommunikation eingerichtet werden. In dieses System sollen Taxigewerbe, Car-sharing, Bikesharing und Mietfahrzeugsysteme mit Reservierungsoptionen einbezogen werden (siehe landesweite Bemühungen).

Das E-Ticketsystem wurde in den Nahverkehrsplan aufgenommen. Kosten 500.000 Euro. Außerdem sind landesweite Absprachen erforderlich.

Im Landkreis Heidenheim bietet derzeit nur die RBS ein E-Ticket an.

Das E-Ticket wird jedoch wieder eingestellt. Dafür entwickelt der HTV eine App gemeinsam mit acht weiteren Verkehrsverbänden in Baden-Württemberg, die das E-Ticket „Touch and Travel“ 2017 ersetzen wird.



- 17 Die Stadtverwaltung soll mit den Busunternehmen im HTV verbindlich vereinbaren, dass und bis wann auf allen Linien nur noch Busse mit barrierefreien Zugängen für Rollstuhlfahrer, Rollatoren und Kinderwagen eingesetzt werden dürfen.

Barrierefreiheit ist im Nahverkehrsplan als Ziel verankert. Die Umsetzung gilt für alle neu zu beschaffenden Linienbusse.

Im Zuge von Straßensanierungen werden alle Bushaltestellen barrierefrei umgebaut.

- 18 Die Stadtverwaltung soll, wo irgend möglich, Busspuren an Ampeln einrichten mit Vorrangschaltung für den ÖPNV. Ebenso soll die Beeinflussung der Ampelphasen durch Busannäherung geprüft und dort eingeführt werden, wo dies möglich ist.

Das Stadtbuskonzept funktioniert gut, so dass aktuell keine weiteren Vorrangschaltungen notwendig sind.

- 19 Die Stadtverwaltung soll privates Parken von Fahrzeugen im gesamten Innenstadtgebiet gebührenpflichtig gestalten und offensiv dafür eintreten, dass die ortsansässigen Firmen dies auch für ihre Firmenparkplätze übernehmen.

Ausnahmen davon soll es nur für ausgewiesene und entsprechend ausgestattete Ladeparkplätze für Elektro-Fahrzeuge geben.

Die entsprechenden Kontrollen des ruhenden Verkehrs sollen verstärkt werden.

Die Innenstadt ist generell bezüglich des Parkens reguliert.

Ausnahmen für bestimmte Gruppen sieht die StVO im öffentlichen Straßenraum nur für E-Fahrzeuge bzw. Car-Sharing vor.

Das neue städtebauliche Leitbild beinhaltet auch ein neues Parkraumkonzept.

FAZIT

Die kurzfristigen Ziele sind – soweit rechtlich und technisch möglich – umgesetzt worden. Die Empfehlungen sowie die mittel- bzw. langfristigen Ziele werden aber weiterverfolgt, da die Ergebnisse der Fokusgruppe 5 unter anderem auch als Grundlage für das Radverkehrsentwicklungskonzept gedient haben.



### Allgemeine Empfehlungen

- 1 Neue Fahrradwege grundsätzlich auf der Fahrbahn als Radfahrstreifen, getrennt von Fußgängern, anzulegen.
- 2 Neue innerstädtische Verbindungen und Netzergänzungen im Bestand zu schaffen.
- 3 Einbahnstraßen für Radfahrer grundsätzlich zu öffnen.
- 4 Qualität und Sicherheit der Radwege zu erhöhen (z. B. Winterdienst, Splitträumung, Kontrollen).
- 5 Grundsätzlich keine Poller im Bereich von Radwegen aufstellen (Eugen-Jaekle-Platz).
- 6 Für links abbiegende Radfahrer Aufstellflächen vor den Ampeln vorzusehen (ausgeweiteter Radaufstellstreifen).
- 7 Scharfe Kurven und unübersichtliche Wegführungen auf Radwegen zu vermeiden (Pressehaus Olgastr./Marienstr., Ludwig-Lang-Str./SG)
- 8 Fahrbahnbreiten auf ein Mindestmaß zu beschränken um den Verkehr zu beruhigen (eher zu klein als zu großzügig)

Für Punkt 1 - 8:

Das Radverkehrsentwicklungskonzept wurde 2015 verabschiedet.

Ziele sind,

- zusätzliche Radverkehrsstreifen und Schutzstreifen zu schaffen, um ein möglichst flächendeckendes Radverkehrsnetz zu haben. Dabei ist auch die Einrichtung vorgezogener Haltelinien bzw. Aufstellbereiche für Radfahrer an Kreuzungen zu prüfen.
- zusätzliche Abstellmöglichkeiten für Fahrräder in der Innenstadt vorzusehen. Dabei soll es sich sowohl um kurzfristige Möglichkeiten wie Bügel, als auch um mittel- und langfristige wie Boxen handeln. Geprüft werden auch ein Fahrrad-Tower in Bahnhofsnähe, sowie die Nutzungsmöglichkeiten für jedes Fahrradmodell.
- die Zusammenarbeit mit der Polizei Heidenheim zur Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Radverkehrserziehung zu verstärken.



### Allgemeine Empfehlungen

- 9 Positive Marketingmaßnahmen für die Radfahrer durch die Stadtverwaltung (z. B. Plakate mit OB Ilg als Fahrradfahrer, Pressemitteilungen, wenn Fahrradkontrollen gemacht werden, etc.).

⌋ Mit Beschluss über das Radverkehrsentwicklungs-konzept werden - auch in Zusammenarbeit mit der AGFK (Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg e.V.) - weitere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sinnvoll.



### Längerfristige Ziele

### Längerfristige Ziele

- 1 Schloßstr./Wagnerstr. als Spiel- und Wohnstraße anzulegen, für allgemeinen Autoverkehr zu schließen, für Fahrradverkehr frei-zugeben.  
Schloßstr. ab Wagnerstr. nach Westen für Gegen-verkehr zu öffnen.

In der Verkehrsbesprechung wurde das Anliegen geprüft. Eine Umsetzung scheitert an der Straßenbreite und am Widerstand der Anlieger.

- 2 Den Verkehr auf Bahnhofstr./Ploucquetstr. mit Tempo 30 so weit beruhigen, dass der Hauptverkehr nicht über die beiden Straßen von und zum Ohr, sondern über die Feuchtingersche Unterführung fährt.

⌋ Sobald die Rechtslage geklärt ist, entscheidet sich, ob die Ploucquetstraße bei Tempo 50 bleibt oder auf Tempo 30 reduziert wird.

- 3 Bundesstraße 466 im Stadtgebiet einspurig für Pkw bzw. Lkw und zweite Spur für Fahrrad und ÖPNV (Bus) umzubauen.

Basierend auf den Daten der aktuellen Verkehrsmengen ist das nicht umsetzbar.



## Mittelfristige Ziele

- 4 die Arkaden von der Clichystraße vor dem Eugen-Jaekle-Platz entfernen zu lassen, (verdecken die Fahrradfahrerampel) oder dafür zu sorgen, dass die Fahrradampel besser/früher zu erkennen ist  
Die Arkaden werden 2017 entfernt.

- 5 einen Radfahrstreifen vom Werkgymnasium entlang der Römerstraße bis vor zur Einmündung B 466/B19 anzulegen  
Im Zuge des Sanierungsgebietes Oststadt wird auf gesamter Länge der Römerstraße beidseitig ein Schutzstreifen für Radfahrer angelegt.

- 6 die Unterführung B19/Bahn fahrradgerecht ausführen und eine Fortsetzung in die Stadt zu schaffen  
Die Genehmigung für die fahrradgerechte Veränderung liegt vor, die Umsetzung erfolgt zeitnah in Abhängigkeit der Trassenverlegung durch die Deutsche Telekom.



## Mittelfristige Ziele

- 1 eine Fahrradstraße von der Ludwig-Lang-Str. über die Christianstr., Bahnhofstr. und Ploucquetstr. zur Grabenstr. anzulegen

Eine Fahrradstraße in der Christianstraße ist nicht zielführend, da dort mehr Autos als Radfahrer unterwegs sind und schon heute Tempo 30 gilt. Auf der gesamten Strecke gibt es viele Einmündungen, die eine durchgängige Fahrradstrecke nicht ermöglichen.

- 2 Eugen-Jaekle-Platz: die Poller entlang dem Radweg zu entfernen
- 3 Eugen-Jaekle-Platz: den Randstein zwischen Fahrbahn und Radweg auf Fahrbahn absenken und Radfahrstreifen anzulegen.

Der EJP wurde erst vor ein paar Jahren umgebaut. Der gewählte Ausbau hat sich bestätigt, daher wird aktuell nicht an einen Umbau gedacht.

- 7 Fortsetzung des Radweges als Radfahrstreifen in der Heckentalstr./Verdistr. zu den Schulen anlegen

Auf dieser Strecke gilt Tempo 30, Fahrbahnmarkierungen sind rechtlich nicht zulässig.

- 8 einen Fahrradweg auf der alten Industriegleistrasse zwischen Heidenheim und Mergelstetten anlegen, um damit den Verkauf des Geländes durch die DB AG zu unterbinden bzw., um einen schnellen Zugriff auf das zweite Gleis (S-Bahn Ulm) zu erhalten.

Die notwendigen Flächen wurden von der DB AG teilweise an die Anlieger verkauft.



### Kurzfristige Ziele

4 die Fußgänger-Unterführung an der Karl-Rau-Halle wieder für Fahrradverkehr richtig freizugeben (letztes Schild beim Pommerenke entfernen).

5 nicht einsehbare Ecke mit Vorfahrtgewährung direkt nach der Unterführung B19 (Feuchtingersche Unterführung/ ehemalige Bärenstraße) Beschilderung oder Bodenmarkierungen anbringen zu lassen.

Bei der Wegeverbindung handelt es sich um einen Fußweg „Radfahrer frei“, d.h. Radfahrer müssen Schrittgeschwindigkeit fahren. Aus diesem Grund ist eine zusätzliche Beschilderung überflüssig.

6 zu veranlassen, die Fahrradschleuse am Kreisel SG zu verlängern und die Einfädelmöglichkeit zu optimieren

Die Fahrradschleuse am Kreisel SG entspricht den Vorschriften.

7 die Querstraßen zwischen Römerstraße und Bühlstraße in beide Richtungen für Fahrradfahrer zu öffnen.

Im Zuge der Umsetzung des Sanierungsgebietes Oststadt werden einige Einbahnstraßen in verkehrsberuhigte Bereiche umgewandelt und somit in beide Richtungen für alle Verkehrsteilnehmer befahrbar.

9 dass Fahrradabstellanlagen in Heidenheim flächendeckend angelegt (gut einsehbar) werden.

Das neue Radparkierungskonzept wird als Teil des Radverkehrsentwicklungskonzepts umgesetzt. 2014 wurden insgesamt 30 Fahrradabstellbügel im Stadtgebiet installiert; am Bahnhof Schnaitheim, Marienplatz, Eugen-Jaekle-Platz, Elmar-Doch-Haus, Bürgerhaus/Altes Eichamt, an der Musikschule. 2015 wurden weitere 35 Anlehnbügel in der Innenstadt aufgestellt.

2017 wird eine neue öffentliche Fahrradabstellanlage hinter dem Rathaus realisiert.



### Kurzfristige Ziele

1 Mehr und eine effektivere Überwachung der Kurzparker, damit Fahrradwege und Fußgängerwege nicht zugeparkt werden, zu veranlassen (vor allem von Lieferanten)

2 mehr und effektivere Kontrollen wegen Werbeaufstellern und Mülleimern auf den Fußgängerfahrradwegen zu veranlassen.

3 mehr und effektivere Fahrradfahrer-Kontrollen durchzuführen

Für Punkt 1-3:

Die Verwaltung legt dem Gemeinderat ein Konzept vor, in wie weit zusätzliches Personal als kommunaler Ordnungsdienst eingesetzt wird, um die Rechte der Fußgänger und Radfahrer zu stärken.



### Kurzfristige Ziele

8 zu veranlassen, dass die Fußgängerzone ganztägig für Fahrradfahrer freigegeben wird.

Die Verkehrsbesprechung (Polizei, ADFC, Verwaltung, ADAC, ÖPNV-Vertreter) lehnt es ab, die Fußgängerzone ganztägig für Radfahrer zu öffnen. Auf Höhe Nordsee bis Buchhandlung Herwig ist sie zu schmal.

10 zu veranlassen, dass die Treppen auf die Anhöhen Heidenheims mit einer Fahrfläche fürs Fahrradschieben angebracht werden.

Eine Prüfung ergab, dass die gewünschten Schieberampen mehr Gefahren als Sicherheit bringen, weil Fußgänger sich am Geländer festhalten und dann auf der Rampe ausrutschen. Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen, dass diese kaum benutzt werden.

FAZIT

Von den sechs formulierten Visionen rücken zwei in den Fokus der Umsetzung: die Rathausfassade im Zuge der Sanierung des Gebäudes sowie die Förderung junger innovativer Unternehmen über ein TECHNOlab. Gute Ideen brauchen viele Partner, einen Markt und vor allem auch engagierte Menschen, die sich dieser Idee verschreiben. Weil Visionen immer ihrer Zeit voraus sind, braucht es oft Geduld, bis ihre Zeit gekommen ist oder sie werden von neuen Entwicklungen überholt.



• Vision 1

**Die neue Rathausfassade**

⌄ Durch den Neubau der Stadtbibliothek rückt auch das Rathaus samt Umfeld in den Fokus einer Neugestaltung.

Inzwischen wurden mehrere Szenarien für die Rathausfassade untersucht. Die wirtschaftlichste Variante berücksichtigt gleichzeitig den energetischen Aspekt (wie von der Fokusgruppe gefordert), nimmt die vorhandene Fassadengestaltung auf und lässt Teile heller erscheinen. Zusätzliche dekorative Effekte sind aktuellen Moden unterworfen, der Geschmack ändert sich schnell.

Im Hinblick auf die gegenüberliegende Stadtbibliothek braucht es eine wertige, aber zurückhaltende Gestaltung. Diese ermöglicht beispielsweise Lichteffekte, die zu speziellen Anlässen inszeniert werden könnten.

• Vision 2

**Die gläserne Schlossberg-Gondel**

⌄ Für die Talstation der Gondel ist ein privates Grundstück notwendig. Die Eigentümer sind derzeit nicht verkaufsbereit. In der erweiterten langfristigen Perspektive 2 zur Festspielstadt wurde ebenfalls eine zusätzliche Verbindung Stadt-Schlossberg in Form einer Gondel / eines Aufzugs gewünscht.

• Vision 3

**Das Neue Heidenheimer Stadtfest**

⌄ Ohne unterstützende Initiative aus der Bevölkerung und den Schwerpunkten Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistung ist dies für die Stadtverwaltung alleine nicht umsetzbar. Die Idee bleibt präsent.

• Vision 4

**Das multifunktionale Innovationszentrum**

⌄ Die Idee bleibt präsent, derzeit jedoch noch keine weitergehenden Initiativen.

• Vision 5

**Die Förderung junger innovativer Unternehmen**

⌄ Vor fünf Jahren wurde das Technologie- und Gründerzentrum auf eine Fläche von damals 900 auf aktuell 1.500 m<sup>2</sup> erweitert und in diesem Zusammenhang auch in der Infrastruktur deutlich modernisiert.

Im Hinblick auf Industrie 4.0 ergeben sich neue Perspektiven, um die Vision der Fokusgruppe zu verwirklichen: um den Wissenstransfer mit der Dualen Hochschule am Standort zu stärken, wurde das TZ gemeinsam mit Landkreis und Steinbeis-Stiftung Gesellschafter der neuen Innovations- und Technologietransferzentrum gGmbH der DHBW. Ziel ist es, Ideen von Studierenden in Experimentierlaboren (TECHNOlab) zur Marktreife zu entwickeln.

Zusammen mit der IHK Ostwürttemberg verstärkt die Stadt die Gründeransprache durch die Start-Up Offensive Ostwürttemberg.

• Vision 6

**Unsere Stadteingänge**

⌄ Es erfolgte eine Diskussion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen. Einstimmig wurde vom Gemeinderat beschlossen, das Thema im Rahmen des Kulturentwicklungsplanes weiter zu behandeln und zu beraten. Dort ist die attraktivere Gestaltung der Ortseingänge in der langfristigen Perspektive 2 angedacht.

FAZIT

Die Ideen der Fokusgruppe sind in den Planungen vollständig berücksichtigt. Insbesondere das städtebauliche Leitbild visualisiert das Anliegen der stadträumlichen Verknüpfung zwischen Innenstadt und Brenzpark / WCM-Nord.



- WCM-Areal als Chance für neuen Campus und stadträumliche Verknüpfung zwischen Innenstadt und Brenzpark/Roter Halle. Nutzungsmischung mit Studium, Freizeit, Gastronomie, Wohnen

- Einbindung der Fokusgruppe in die weitere Entwicklung

Der von der Fokusgruppe erarbeitete Rahmenplan dient als Grundlage für die weiteren Überlegungen. Was im Einzelnen – auch im Hinblick auf einen Campus – realisiert werden kann, hängt von Gesprächen mit dem Land Baden-Württemberg, privaten Investoren und möglichen Partnern ab. Vgl. auch Fokusgruppe 1 und 2. Sobald konkrete Diskussionsgrundlagen geschaffen sind, wird die Fokusgruppe eingebunden.

FAZIT

Das Anliegen der Fokusgruppe ist zur Daueraufgabe geworden. Stets finden sich neue Themen und Aufgaben für die regionale Zusammenarbeit (jüngstes Beispiel: Breitbandplan zusammen mit Böhmenkirch). Die notwendigen Verträge werden jeweils dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.



• Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit

Bisher umgesetzt:

**Straßenbau**

2013 begann die interkommunale Zusammenarbeit im Straßenbau mit Nattheim.

**Sprachförderung/Sprachstandsbestimmung**

Heidenheim kooperiert seit 2010 im Regionalverbund Sprachförderung mit Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen.

Ziel ist es, Erzieherinnen und Erzieher im Bereich der Sprachförderung und Sprachstandsbestimmung sowie zu Deutsch als Zweitsprache zu qualifizieren, sodass sie Kinder gezielt fördern und zu einer qualitätsorientierten Weiterentwicklung der Sprachförderung und Sprachstandsbestimmung beitragen können.

**Bildungsregion**

Seit Juni 2013 wird die Bildungsregion von Landkreis und Stadt Heidenheim gemeinsam vorangebracht. Diese Zusammenarbeit erfolgte bereits in den letzten Monaten bei Projekten wie Junge vhs, Zukunftsakademie, Übergang Schule und Beruf sowie der Medienbildung und -erziehung.

Das Ziel der Bildungsregion ist es, die örtliche Bildungslandschaft durch Vernetzung von Personen, Institutionen und Verwaltungseinheiten, die im Bildungsbereich tätig sind, gemeinsam zu gestalten.

**Volkshochschule**

Seit 1. September 2014 kooperieren die Volkshochschulen Heidenheim und Steinheim im Verbund und veröffentlichen ihr Programm im gemeinsamen Kursheft.

Die „Junge VHS“ macht Bildungsangebote für alle Kinder, die eine Grundschule im Landkreis Heidenheim besuchen.



• Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit z.B. bei Bibliotheken, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen (Musik- und Volkshochschulen), Personalwirtschaft und Beschaffungswesen über die bisherigen Bereiche der Abwasser-versorgung, Stadtarchiv und Streusalzeinkauf hinaus.

Das Anliegen der Fokusgruppe wird momentan wie folgt umgesetzt:

Die Gemeinden Königsbronn, Nattheim und Heidenheim prüfen Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit.

Dazu wurde eine 2016 eine Projektgruppe eingerichtet. Zur Diskussion stehen Formen der interkommunalen Zusammenarbeit beim Gutachterausschuss, Personalwesen (Abrechnung, Aus- und Fortbildung), Bußgeldstelle, Schulen, Standesamt, Haushaltswesen, Kasse, Vollstreckung, Waldbewirtschaftung, Planungsleistungen, Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft.



FAZIT

Die Handlungsempfehlungen der Fokusgruppe konnten zum Teil bereits durch das Energiemanagement der Stadt erfolgreich umgesetzt werden. Wenn es etwa für eine Wasserkraftanlage an der Brenz zunächst wenig Realisierungschancen gab, ist dieser Wunsch durch das Engagement der Stadtwerke nun erfüllt.  
Das gemeinsam mit dem Landkreis Heidenheim erstellte integrierte Klimaschutzkonzept greift weitere Anregungen der Fokusgruppe für die Zukunft auf.



- 1 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung von dezentralen Energiespeicherausbauszenarien für Heidenheim in Auftrag zu geben.

Ihre Schwerpunkte:

- Technische Möglichkeiten und Erfordernisse in den Heidenheimer Netzen bei zukünftig 100 % regenerativer regionaler Energieerzeugung
- Kosten und Nutzen für Netzbetreiber und Verbraucher,
- Optimale kommunale Fördermaßnahmen, Landes- und Bundesmittel dafür
- Industriepolitische und soziale Auswirkungen der Maßnahmen für Heidenheim

Die Studie soll veröffentlicht werden.

Momentan nicht sinnvoll, da Bund und Land die Energieversorgungsnetzstruktur vorgeben müssen.

- 2 Die Stadt Heidenheim als Eigentümerin soll die Stadtwerke damit beauftragen, auf der Grundlage der Untersuchung nach Antrag 1 ein Konzept zum lokalen Energiemanagement unter Einbeziehung solcher Speicher zu erarbeiten und umzusetzen.

siehe Begründung 1



- 3 Die Stadt Heidenheim als Eigentümerin soll die Stadtwerke Heidenheim AG damit beauftragen, in Zusammenhang mit Antrag 1 (und in Zusammenarbeit z. B. mit dem Zentrum für Solar- und Wasserstoff-forschung (ZSW) und der Firma „Solar Fuel“) auch eine Anlage zur Erzeugung von Methan (Erdgas) aus überschüssigem lokal regenerativ erzeugtem Strom und CO<sub>2</sub> in Heidenheim zu diskutieren, zu planen und nach Möglichkeit zu errichten und zu betreiben.

Das Ergebnis der Diskussion soll der Fokusgruppe 10 zur Verfügung gestellt werden.

Gas-Speichertechnologien in kleineren Ausbaugrößen sind derzeit immer noch unwirtschaftlich.

- 4 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei Realisierung des Energiespeicherplans im städtischen Haushalt über mehrere Jahre finanzielle Mittel einzustellen für Zuschüsse zu Investitionen in lokale Energiespeicher durch Stadtwerke, Industrie, Gewerbe und Bürger. Höhe und Modalitäten der Förderung sollen an den Ergebnissen der Untersuchung nach Antrag 1 orientiert werden.

siehe Begründung 1

- 5 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, an den städtischen PV-Anlagen die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit lokaler Stromspeicher für die Deckung des Gebäude-eigenverbrauchs und für die Netzintegration zu prüfen und ggf. als Pilotprojekte im Rahmen der Untersuchung (siehe Antrag 1) zu realisieren.

Die bestehenden PV-Anlagen der Stadt Heidenheim wurden so ausgelegt, dass der gesamte Strom ins öffentliche Netz eingespeist wird. Für diese Einspeisung ist ein Fördersatz auf 20 Jahre festgeschrieben. Eine wirtschaftliche Umsetzung ist deshalb nicht möglich, da der Fördersatz wesentlich höher ist als die Ersparnis durch Eigenstromnutzung mit lokaler Stromspeicherung.

- 6 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und zu welchen Mehrkosten der Strombezug für städtische Gebäude schon jetzt auf 100 % Ökostrom der Stadtwerke Heidenheim AG umzustellen ist.

Wir bitten den Gemeinderat, die Umstellung des Strombezugs entsprechend zu beschließen.

Die Mehrkosten für die Umstellung auf 100 % Ökostrom lassen sich nur schwer beziffern, da verschiedene Vertragsstrukturen bestehen. Es muss mit 80.000 – 100.000 € Mehrkosten gerechnet werden.



- 8 Der FB „Schulen und Sport“ wird damit beauftragt, im Gespräch mit Schulen und Lehrern aller Schularten darauf einzuwirken, dass die Themen „Energieeffizienz“, „regenerative Energien“ und „nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsformen“ in den speziellen Bildungsplänen der Schulen stärker verankert werden.

Der städtische Energiebeauftragte soll die erforderliche Fachinformation dazu einbringen, am Besten an Hand lokaler Beispiele.

Seit Juli 2016 ist das integrierte Klimaschutzkonzept des Landkreises Heidenheim fertig gestellt. Darin sind zahlreiche Maßnahmenvorschläge enthalten, die das Thema Bewusstseinsbildung rund um den Energie- und Umweltschutz stärken. Hierzu wird beim Landkreis 2017 ein Klimaschutzmanager beschäftigt, der die Umsetzung der geplanten Projekte vorantreiben soll. In den aktuellen und in den Bildungsplanentwürfen 2017 sind die Themen „Umwelt schützen“ und „Energie effizient nutzen“ fest verankert.

Lehrprojekte zur Energieeffizienz, regenerativer Energien und nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsformen an den Heidenheimer Schulen werden auf Wunsch der Schulen von der Stadt Heidenheim und ihrem Energiebeauftragten weiterhin unterstützt. Auch bei der Zukunftsakademie Heidenheim sind Kurse zu Energiethemen fester Bestandteil des Veranstaltungskalenders. Sie finden großen Zuspruch.

- 9 Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, im Zuge der Brenzuferverschönerung und der Neubaumaßnahmen auf dem Ploucquet-Areal an der bestehenden Wehrstufe eine Wasserkraftanlage errichten zu lassen, die auch zur Stromversorgung der Neubauten dienen, vorrangig aber demonstrieren soll, dass Heidenheim das älteste Zentrum des Turbinenbaus ist. Die Anlage soll der Bevölkerung und besonders der Jugend als Anschauungs- und Lehrobjekt dienen.

Die Beteiligung der Voith-Lehrwerkstatt und weiterer Partner an diesem Projekt wäre wünschenswert.

Die Stadtwerke Heidenheim AG hat 2016 im Brenzpark eine Wasserkraftanlage von 33 kW gebaut und in Betrieb genommen. Sie versorgt rund 60 Haushalte mit einem Jahresbedarf von 3000 Kilowattstunden Strom.

Sie eignet sich als Anschauungs- und Lehrobjekt.

- 7 Der städtische Energiebeauftragte soll von anderen Aufgaben entlastet werden. Er soll die Aktivitäten der Stadtverwaltung in den Aufgabenbereichen Regenerative Energien und Energieeinsparung koordinieren und ggf. Maßnahmen durchführen. Er soll auch zur Bürgerinformation beitragen, die städtischen Aktivitäten entsprechend den Anträgen 1 - 4 leiten bzw. begleiten und sich mit der Energieberatung des Landkreises koordinieren.

Die Energieberatung erfolgt durch das Landratsamt (Koordinierungsstelle für Klimaschutz und Energie) sowie durch die Stadtwerke und private Energieberater. Regelmäßige Pressemitteilungen und der jährliche Energiebericht informieren die Bürger.



10 Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, bei Neuanschaffung von Personenkraftwagen zu prüfen, ob der Einsatz von Elektrofahrzeugen möglich ist. Die Stadt Heidenheim soll damit Erfahrungen im Betrieb von Elektrofahrzeugen sammeln und im Weiteren die Flotte, wo möglich, auf Elektrofahrzeuge umstellen.

Seit drei Jahren wurden bei Neuanschaffungen stets die Elektrovariante in die Wirtschaftlichkeitsberechnung mit einbezogen.

2016 beschaffte die Stadt für das Friedhofswesen ein Elektrofahrzeug (Renault Zoe). Im Rahmen der Sanierung der Rathaus-Tiefgarage werden auch Elektrofrankstellen für Privat- und Dienstfahrzeuge eingebaut.

11 Die Stadt Heidenheim als Eigentümerin soll die Stadtwerke Heidenheim AG damit beauftragen,

- ihre evtl. noch bestehenden Abnahmeverträge für Atom- und Kohlestrom so bald wie möglich zu lösen und ihre eigene regenerative Energieerzeugung standortnah auszubauen, auch im Interesse der örtlichen Wertschöpfung.
- ihr Energiemanagement/Netzmanagement so umzustellen, dass sie sich früh auf die Versorgung mit 100 % regenerativer (und damit fluktuierender) Energieerzeugung einstellen unter Einbeziehung von Speichern und deren Management, nach Anträgen Nr. 1 – 3.
- ihre Energieberatung für Bürger, Gewerbetreibende und Großabnehmer mit dem Ziel der Energieeffizienz und eines verbesserten Lastmanagements offensiv zu verstärken, z. B. durch Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer und weitere Multiplikatoren.
- den Bürgern in Stadt und der Region auch finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten an ihren regenerativen Energieerzeugungsanlagen vor Ort und in der Region zu eröffnen und anzubieten.

siehe Stellungnahme der Stadtwerke Heidenheim AG vom 30.12.2013:

[http://www.heidenheim.de/site/Heidenheim/get/documents/heidenheim/Mediathek\\_Heidenheim\\_Stadt/Leben/Werkstadt/Bilanz/Schreiben\\_Stadtwerke.pdf](http://www.heidenheim.de/site/Heidenheim/get/documents/heidenheim/Mediathek_Heidenheim_Stadt/Leben/Werkstadt/Bilanz/Schreiben_Stadtwerke.pdf)

Der Ausstieg aus der Atomwirtschaft wurde durch die Stadtwerke bereits 2002 vollzogen.

Die regenerative Energieversorgung wird jährlich ausgebaut. 41 % des Strombedarfs für Haushalts- und Gewerbekunden (ca. 100 Mio. kWh) stammen dieses Jahr aus regenerativen Quellen.

Bis 2050 sollen auch die Industriekunden (weitere ca. 100 Mio. kWh) mit grünem Strom versorgt werden.

Die Stadtwerke verfolgen das Ziel, die gesamten Erzeugungsanlagen als virtuelles Kraftwerk bzw. Kombikraftwerk zu führen. Damit verbunden ist auch eine verbrauchsorientierte Laststeuerung. Im Rahmen der Direktvermarktung werden die eigenen Erzeugungsanlagen nachfrageorientiert gesteuert. Zudem werden eigene große Stromverbraucher, zum Beispiel Trinkwasserpumpen, dann gefahren, wenn ausreichend regenerativ erzeugter Strom verfügbar ist.

Die kostenlose Energieberatung wird oft genutzt. Fortbildungsmaßnahmen zum „Lastmanagement“ in Schulen sollen angeboten werden. Sobald ein regionales Windprojekt wirtschaftlich wird, erhalten die Kunden eine Beteiligungsmöglichkeit an der Projektfinanzierung auf Festgeldbasis.

FAZIT

Im neuen Flächennutzungsplan 2029 liegen die Flächenneudarstellungen weit hinter den vom Regierungspräsidium für die nächsten 15 Jahre prognostizierten Flächenbedarfen zurück. Hierdurch wird sehr eindrücklich dokumentiert, dass Innentwicklung gegenüber Außenentwicklung eindeutigen Vorrang genießt. Sowohl neue Sanierungsgebiete als auch umfangreiche Modernisierungsprojekte privater Wohnungsbauunternehmen haben zum Ziel, vorhandenen Wohnungsbestand aufzuwerten. Schrittweise gelingt es, private Baulücken in Wohngebieten zu schließen.



Thema 1

**Ungenutzte Privat- und verfügbare Grundstücke im Stadtgebiet**

- 1 Die Stadt soll aktiv über die Problematik des Landverbrauchs informieren. Dabei sollen alle Bürger einbezogen werden, insbesondere die Eigentümer, die über geeignete Flächen und Gebäude verfügen, die für die weitere innerstädtische Bebauung nutzbar sind.
- 2 Die Stadt braucht eine zukunftsorientierte und agierende Stadtplanung.
- 3 Es sollte ein „Flächenmanager“ installiert werden.

Eine Aktivierung von Baulücken und Brachen erfolgt sowohl auf der Ebene der Stadtentwicklung (I-SEK, städtebauliche Gesamtmaßnahmen, Leitbild Innenstadt 2024 usw.) als auch auf der Ebene der Bauleitplanung sowie durch die Initiierung von städtebaulichen Wettbewerben (z.B. neues Wohnquartier an der Giengener Straße). Seit 2011 sind rund 600 neue Wohnungen in der Innenstadt entstanden und 140 private Wohneinheiten konnten über Sanierungsmittel modernisiert werden.

Für die kommenden zwei Jahre liegen Anträge für über 200 neue Wohnungen in der Innenstadt vor. Hinzu kommen ca. 150 weitere Wohnungen im nördlichen Ploucquet-Areal (An der Stadtwaage). Das Baugebiet Hardtwald bietet Platz für weitere 200 Wohneinheiten.

Thema 1

- 3 Der „Flächenmanager“ vermarktet aktiv die verfügbaren Grundstücke.

Städtische Grundstücke werden aktiv vermarktet, private Grundstücke können nur von den Besitzern bzw. beauftragten Personen vermarktet werden.

Thema 2

**Verzögerung baureifer Grundstücke durch archäologische Ausgrabungen**

- 1 Für Grundstücke, die archäologisch interessant sind, soll im Vorfeld mit dem Landesdenkmalamt eine Klärung über eine abgestimmte Termin- und Kostenplanung stattfinden.
- 2 Es soll für jedes Grundstück geprüft werden, ob Haushaltsmittel und Arbeitskräfte, z. B. für ein zweites Grabungsteam für die Ausgrabungen zur Verfügung gestellt werden können.



Thema 2

Verzögerung baureifer Grundstücke durch archäologische Ausgrabungen

- 3 Die Stadtverwaltung kann durch eigene Finanzierungsbeteiligung die archäologischen Arbeiten beschleunigen (evtl. Kostenumlage auf den Grundstückspreis).

Der Haushalt enthält jährlich Kosten für archäologische Grabungen. Das Landesdenkmalamt schließt längstens Verträge über zwei Jahre ab und stellt einen Grabungstechniker, einen Mitarbeiter und die technische Ausstattung. Die Stadt finanziert den Grabungsleiter und die Hilfskräfte je nach Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt. Die Stadt trägt auch die Sachkosten. Die Kosten sind im Grundstückspreis enthalten. Vorübergehend sind auch zwei Grabungsteams am Werk. Allerdings scheitert ein zweites Team meist am Mangel an geeigneten Arbeitskräften.

Thema 3

Bestandssanierung durch die GAGFAH

- 1 Der Gemeinderat soll über die Stadtwerke Heidenheim AG eine Prüfung veranlassen, ob die Verpflichtungen zur Instandhaltungsausgaben des Bestandes erfüllt werden.
- 2 Der Gemeinderat soll seine Möglichkeiten nutzen, um die Forderungen der Stadt und seiner Bürger bei den Wohnungsgesellschaften durchzusetzen:
  - „Leerstände“ vom Markt nehmen und Rückbau
  - den Bestand zu sanieren und das Wohnumfeld zu verbessern
  - Quartiersentwicklung anzustoßen.

Sowohl die Vonovia (Nachfolgeunternehmen der Gagfah) als auch die Capital Bay AG, Berlin (Nachfolgeunternehmen der ImmoVation AG und Käufer der 577 Wohnungen am Zanger Berg) sanieren seit Jahren im großzügigen Stil. Bis Ende 2014 waren 230 Wohnungen am Zanger Berg renoviert. Seit 2012 investierte die Gagfah/Vonovia 17 Mio. Euro in ihre Wohnungen und nutzt das Sanierungsgebiet Oststadt, um in den kommenden Jahren weitere 42 Wohnungen instand zu setzen. Für die Oststadt und Schnaitheim-Hagen stehen seit 2015 weitere 2,5 Mio. Euro für die Quartiersentwicklung zur Verfügung. Wegen des großen Zuspruchs wurden bereits Aufstockungsanträge gestellt.

- 4 Beteiligung bzw. Gründung einer eigenen Wohnungsgesellschaft oder Wohnungsbaugenossenschaft (z. B. eine Genossenschaft mit Bürgerbeteiligung).

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingszuwanderung hat der Gemeinderat 2016 die Gründung der „Grundstücks- und Wohnbaugesellschaft Heidenheim“ beschlossen, um ein Instrument für den Wohnungsbau zu haben.

- 3 Das für sozialen Wohnungsbau zurückgestellte Kapital der Stadt Heidenheim soll investiert werden, um die Einflussnahme der Stadt auf die Wohnraumpolitik wieder zu erlangen, z. B. durch Beteiligung an regionalen Wohnungsgesellschaften.

FAZIT

Das „Haus der Bildung“ ist die neue Stadtbibliothek, welche im Herbst 2017 eröffnet wird. Alle Anregungen und Wünsche der Fokusgruppe konnten bei der Planung berücksichtigt werden.



- Die Fokusgruppe wünschte sich
    - ein Café,
    - einen Veranstaltungsraum mit ansteigendem Gestühl
    - einen Platz für Außenveranstaltungen.
- Die Planung wurde in Abstimmung mit Fokusgruppenmitgliedern weiterentwickelt. Der Charakter des „öffentlichen Hauses“ ist gegeben. Die Aufenthaltsqualität lädt alle Generationen zum Treffpunkt ein.
- Der Architekturwettbewerb für die neue Bibliothek in zwei Phasen wird von der Fokusgruppe begrüßt, mit dem Wunsch hier begleitend mitzuwirken.

Dieses Anliegen wurde erfüllt. Der Themenpaten hat im Preisgericht des Realisierungswettbewerbs Städtische Bibliothek Heidenheim die Fokusgruppe vertreten. Ebenso wurden die Vorschläge der Fokusgruppe in die Wettbewerbsausschreibungen aufgenommen.

FAZIT

Die Fokusgruppe hat mit zwei Videos und einem Plakat Beispiele für eine Integrationskampagne geschaffen. Die hohen Flüchtlingszahlen 2015/2016 haben in großem Maß ehrenamtliches Engagement zur Integration gebunden. Die Stadt stellt einen Integrationsbeauftragten ein. Die Aufgaben zur Integration haben sich verschoben – im Vordergrund stehen Sprache, Bildung, Vermittlung europäischer Lebenskultur.



- Projekt „Vorbildlich“ mit Interviews, Video-filmen und Plakaten, Zeitungsserien.

Ziel ist es, der Öffentlichkeit „Vorbilder“, d.h. Personen vorzustellen, die eine beispielhaft gelungene Integrationsentwicklung aufweisen.

**Botschaft „So vielfältig und bunt ist Heidenheim – wir alle sind Heidenheim!“**

Das Projekt „Vorbildlich“ wird aktuell von der Projektgruppe in Zusammenarbeit mit dem Verein „Miteinander e.V.“ umgesetzt.

Über den Stand von Februar 2014 hinaus gab es keine weiteren Entwicklungen.

Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass die Projektgruppe aus zeitlichen Gründen keine weiteren Initiativen ergreift.

- Plakat existiert und verteilt, zwei Videos im Internet!

Plakat:

[http://www.heidenheim.de/site/Heidenheim/get/documents/heidenheim/Mediathek\\_Heidenheim\\_Stadt/Leben/Werkstadt/Bilanz/marker.jpg](http://www.heidenheim.de/site/Heidenheim/get/documents/heidenheim/Mediathek_Heidenheim_Stadt/Leben/Werkstadt/Bilanz/marker.jpg)

Videos auf youtube:

Eduard Marker: Sambo-Trainer,

Jugendsozialarbeiter, Geschäftsmann

<http://www.youtube.com/watch?v=kVdJx5kbwY>

Alper Bagceci: Profi-Fußballer

des 1. FC Heidenheim

[http://www.youtube.com/watch?feature=player\\_embedded&v=Bj3uEtN9cfE](http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=Bj3uEtN9cfE)

FAZIT

Die Anliegen der Fokusgruppe konnten überwiegend erfüllt werden. Die Gruppe rückte die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in den Fokus städtischer Planungen, Veranstaltungen und Angebote. Darauf wird auch bei künftigen Vorhaben geachtet.

kf = kurzfristig  
mf = mittelfristig  
lf = langfristig



- 2 Die Stadt wirbt mit einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit für ein positives Bild von Menschen mit Behinderungen durch Maßnahmen aller gesellschaftlichen Gruppen.

Sie setzt sich für ein positives Image (Wertschätzung) aller Einrichtungen und Dienste für Menschen mit Behinderungen sowie deren Mitarbeiter ein. kf

Die Stadt berücksichtigt die Bedürfnisse in der Öffentlichkeitsarbeit durch einen barrierefreien Internetauftritt (letzter Relaunch November 2015) und die Formulierung in „leichter Sprache“.

- 3 Die Stadt bewirbt und fördert Aktivitäten und Projekte von Kindergärten, Schulen, Kirchengemeinden und Vereinen sowie von Bildungseinrichtungen (Volkshochschule, Haus der Familie u.a.) und Kulturträgern (Opernfestspiele, Musikschule, Naturtheater, Museen u.a.) mit und in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Besondere, der Inklusion dienenden Projekte, werden nach dem Vorbild der „Aktion Mensch“ („Brückenschlagen in die Gemeinde“) finanziell gefördert. kf

- 4 Die Stadt bewirbt und fördert mit der Einrichtung „Ich für uns“ ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement aller Altersgruppen für hilfebedürftige Menschen mit Behinderungen. Aus einem „Pool Ehrenamtlicher“ können Privatpersonen sowie Einrichtungen und Dienste für Menschen mit Behinderungen Begleit- und Betreuungspersonen im Alltag sowie zum Besuch von öffentlichen Veranstaltungen und von städtischen Festen und Feiern abgerufen werden. Die Stadt stellt Kleinbusse mit ehrenamtlich tätigen Fahrern für die Beförderung zur Verfügung. kf

Im Oktober 2014 startete die Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement „Ich für uns“ gemeinsam mit dem DRK das Projekt Mitfahrzentrale unter der Überschrift „Mobil in Heidenheim“.

Über 10 ehrenamtliche Fahrer chauffieren Senioren zum Arzt, zur Post oder zum Einkaufen.



- 1 Die Verwaltung entwickelt eine kommunale Strategie mit gezielten politischen und sozialen Aktivitäten für Menschen mit Behinderungen.

Langfristig wird eine Geschäftsstelle für Menschen mit Behinderungen eingerichtet.

Für die Finanzierung politischer und sozialer Aktivitäten steht im städtischen Haushalt ein eigenes Budget zur Verfügung. kf / lf

Momentan in Zuständigkeit des Landkreises, aber Novelle des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes in der Diskussion, wonach möglicherweise künftig die Stelle eine kommunalen Behindertenbeauftragten einzurichten ist.

Die Frist zur Anhörung zum Entwurf endete am 30. August 2014.



- 6 Die neue Bibliothek ist programmatisch als Begegnungsstätte für und mit Menschen mit Behinderungen ausgerichtet und beworben. kf / mf

Sowohl in der Bauplanung als auch in der Planung des Betriebs der Stadtbibliothek ist Barrierefreiheit vollumfänglich enthalten.

Die neue städtische Bibliothek ist auf alle Anforderungen für Menschen mit Behinderungen ausgelegt.

Im vorgesehenen Betrieb des Cafés in der neuen Bibliothek durch „samocca“ bringen sich zudem Menschen mit geistiger oder seelischer Behinderung in einen wesentlichen Teil des Bibliotheksbetriebs ein.

- 7 Die Stadt lädt Menschen mit Behinderungen zu Stadtbesichtigungsfahrten und zu Themenausflügen ein. kf

- 8 Die Stadt trägt für räumlich und zeitlich „seniorennahe“ Veranstaltungen Sorge.

- 9 Barrierefreie, mobilitäts- und generationengerechten Stadt. Der öffentliche Raum wird entsprechend gestaltet.

Am Bahnhof Heidenheim gingen Ende 2015 die Aufzüge in den Betrieb.

Als nächster Schritt werden die Gleise angehoben. Die Stadt beteiligt sich jeweils bei der Finanzierung.

- 5 Die Stadt bewirbt und fördert Wohngemeinschaften für hilfe- und pflegebedürftige Senioren sowie Mehrgenerationenwohnen. Sie stellt hierfür innerstädtische Grundstücke zu günstigen Bedingungen zur Verfügung („mittendrin statt außen vor!“). mf

In jüngster Zeit wurden zwei innerstädtische Grundstücke für Wohngemeinschaften von hilfe- und pflegebedürftige Senioren auf dem Privatmarkt veräußert (LWV-Eingliederungshilfe und Stiftung Haus Lindenhof). Die LWV realisiert 2015 an der Clichystraße ein inklusives Wohnprojekt für 20 Personen mit Behinderungen.

Die Evang. Heimstiftung will auf dem nördlichen Ploucquet-Areal „An der Stadtwaage“ ein Wohnprojekt unter dem Titel Wohnen ‚Plus‘ realisieren. Das Projekt vereint Wohnungen für verschiedene Lebenslagen von der Selbstständigkeit, über das betreute Wohnen bis hin zu Wohnen für hilfs- und pflegebedürftige Menschen.

Interessenten für Projekte von Mehrgenerationenwohnen gibt es derzeit für Heidenheim nicht.

- 9 Die Stadt Heidenheim verfolgt mit gezielten Maßnahmen weiter das Ziel einer im gesamten öffentlichen Raum und in allen öffentlichen Einrichtungen barrierefreien, mobilitäts- und generationengerechten Stadt. Der öffentliche Raum wird entsprechend gestaltet. kf

Im Zuge von Neu- und Umbauten an Gebäuden und Straßen wird stets die Barrierefreiheit umgesetzt.

So ist mittlerweile von jeder Schulart eine Schule barrierefrei.

Der Aufzug vor dem Rathaus, Bordsteinkanten an Bushaltestellen sind weitere Beispiele.

Die Einstiegshilfe für Behinderte am Schwimmbaden Waldfreibad erfolgt im Rahmen der derzeit stattfindenden Generalsanierung. Gleichzeitig gibt es neue behindertengerechte WC's und Umkleidekabinen.

Die Umbaupläne des Rathauses sehen ebenfalls eine vollständige Barrierefreiheit für alle Eingänge und das Zwischengeschoss vor.

- 6 Das Bürgerhaus in der Hinteren Gasse ist programmatisch als Begegnungsstätte für und mit Menschen mit Behinderungen ausgerichtet und beworben. kf / mf

Das Bürgerhaus bietet zwar zahlreiche Angebote für Menschen mit Behinderungen, ist aber programmatisch dafür nicht vorgesehen.

Eine Neuorientierung des Bürgerhauses ist inzwischen durch eine Bürgermentorengruppe erfolgt. Über 30 Initiativen für Menschen aller Generationen sind dort gebündelt.

- 10 Die Stadt lädt einmal jährlich alle in Heidenheim in der stationären und mobilen Pflege tätigen Träger mit einem „Tag der Pflege“ zum gegenseitigen Austausch ein. mf

Beschluss im KuSSS, Kosten und Umsetzung zu prüfen.

Eine Kreativrunde mit Pflegestützpunkt und Altenhilfefachberatung des Landkreises im Februar 2013 ergab, dass auf Nachfrage bei Heimleitern und ambulanten Pflegediensten für einen Tag der Pflege kein Bedarf gesehen wurde.

Private Pflegedienste veranstalten am „Internationalen Tag der Pflege“ Angebote für Pflegende. Es gibt keinen Bedarf für städtisches Engagement.



11 Bei der Internationalen Fachtagung Sprache am 7. und 8. Juni 2013 zum Thema „Bewegung und Kulturen: Bunte Vielfalt!“ gab es ein Themenportal: „Integration und Inklusion: Umgang mit Heterogenität“. Die Fokusgruppe war aufgefordert, sich mit Referenten und Themenvorschlägen zu beteiligen.

12 Zusammen mit der IHK Ostwürttemberg wirbt die Stadt bei Betrieben für externe Praktika-Plätze und „Helfer-Stellen“ für Werkstattbeschäftigte der Lebenshilfe sowie für die Förderung und Vermittlung von Werkstattbeschäftigten auf den ersten Arbeitsmarkt.

In Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit in Kooperation mit der Arbeiterwohlfahrt leistet die Lebenshilfe hierzu ihren Beitrag mit dem Projekt „Unterstützte Beschäftigung“. kf

Das Thema wird bei Betriebsbesichtigungen und ähnlichen sich bietenden Gelegenheiten von Oberbürgermeister Ilg wie beschrieben angesprochen.

Bei Bedarf werden die entsprechenden Kontakte hergestellt.

13 Die Stadt bewirbt zusammen mit „Ich für uns“ die Schaffung und Vermittlung von „Alltagsbegleitung“ in der Altenhilfe: „Fitte“ – jüngere Personen mit Behinderung erbringen mit ihren Kompetenzen kleine Dienstleistungen (persönliche Begleitung im Alltag, Hausputz, Einkäufe, Winterdienst u.a.) für hilfebedürftige Senioren.

Eine win-win-Situation! kf

Ein Engagement von „Ich für uns“ widerspricht der Heidenheimer Charta des freiwilligen Engagements, welches keine professionelle Arbeitskraft oder gering bezahlte Lohnarbeit ersetzen darf.

Das Pilotprojekt „Caring Community (In guter Nachbarschaft)“ greift das Anliegen der Fokusgruppe auf. Im Mittelrain und am Zanger Berg sowie in Großkuchen erarbeiten Bürger Möglichkeiten, wie sich Menschen in einer sorgenden und fürsorgenden Gemeinschaft verantwortungsvoll einsetzen können, damit alle möglichst lange selbstbestimmt in ihren Wohnungen leben können.

14 Die Stadt schafft schrittweise die Voraussetzungen für das Angebot inklusiver Krippen- und Kindergartenplätze in den städtischen Kindergärten sowie eine inklusive Orientierung in den städtischen Schulen. mf

11 Die Stadt lädt alle zwei Jahre zu einer öffentlichen Veranstaltung (Kongress?) unter dem Generalthema „Miteinander leben in unserer Stadt“ ein. Die wechselnden Themen behandeln das Miteinanderleben mit Menschen unterschiedlicher Behinderung. mf

Mittelfristig nicht umsetzbar; Bedarf, Organisation und Finanzierung sind zu prüfen.



- 16** Verbunden mit einer Auftaktveranstaltung präsentiert die Stadt im Rathaus die Wanderausstellung der Gedenkstätte Grafeneck e.V., die das „Euthanasie“-Verbrechen, die Ermordung von über 16.000 Kranken und Personen mit Behinderung in Grafeneck im Jahr 1940 dokumentiert und einem breitem Publikum zugänglich macht. **mf**

Die Ausstellung fand vom 6. Mai bis 22. Mai 2014 im Rathausfoyer statt.  
Veranstalter war die Volkshochschule Heidenheim.

- 17** Zusammen mit dem Landkreis, den Kliniken des Landkreises, der evangelischen und katholischen Kirche, der Industrie sowie mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens engagiert sich die Stadt und fördert die Einrichtung einer Soteria-Einrichtung für psychisch Kranke im Landkreis Heidenheim ebenso wie die Einrichtung einer Hospiz-Einrichtung für den Landkreis Heidenheim. **kf – lf**

Eine Initiativgruppe, bestehend aus Stadt Heidenheim, Landratsamt Heidenheim, Caritas, Diakonie, Kliniken Landkreis Heidenheim gGmbH, Kreisärzteschaft, Förderverein Palliativmedizin, Hospizgruppen, Altenheim Hansegisreute und Stiftung Haus Lindenhof, hat erreicht, dass die Stiftung Haus Lindenhof im Pflegeheim St. Franziskus ein stationäres Hospiz einrichten wird.  
Mit den notwendigen Umbaumaßnahmen soll im Jahr 2017 begonnen werden. Die Eröffnung des Hospizes hängt vom Baufortschritt ab.

- 15** Die Stadt versteht die in Heidenheim von einer qualifizierten Trägervielfalt mit attraktiven Arbeitsplätzen gut geführten Pflegeheime und mobilen Pflegedienste, die leistungsstarken Einrichtungen der Lebenshilfe mit Kindergarten, Werkstätten und Wohnheimen für Menschen mit geistiger Behinderung, die Einrichtung der Nikolauspflege mit Heimsonderschule, Schulkindergarten und familienentlastenden Diensten für Sehbehinderte, Blinde und Mehrfachbehinderte sowie die gut vernetzte psychiatrische Versorgung als werbewirksamen Standortfaktor und entwickelt hierfür ein Konzept. **mf**

Die Entwicklung eines solchen Konzeptes fällt in die Zuständigkeit des Landkreises, da im Rahmen der Sozialhilfeplanung Daten bereits erhoben wurden.  
Die Bitte wurde an den Landkreis weitergeleitet.

Heidenheim erklärt sich als behindertenfreundliche Stadt. **lf**

FAZIT

Sportthemen unterliegen einer hohen Dynamik. Die Anforderungen an Hallen und Sportangebote ändern sich. Im Leistungssport konnte die Stadt alle Anregungen der Fokusgruppe erfüllen. Für manche Wünsche braucht es die Mitarbeit der Sportvereine, die ihre Prioritäten ebenfalls immer wieder verändern müssen.



Thema 1  
Hallensituation

- Die Auswertung und Verwaltung der Hallentagebücher läuft über das Sportamt.
- Die Koordination und Weiterentwicklung des Sportangebotes besonders für Senioren wird vom Sportkreis vereinsunabhängig vorangetrieben.

Die Aufgabe wurde vom Sportkreis mit finanzieller Unterstützung der Stadt erledigt.

Ergebnis ist ein Kompass, der es älteren Menschen ermöglicht, das für sie passende Sportangebot zu finden. Die Broschüre (pdf) ist auch im Internet hinterlegt:

[http://www.heidenheim.de/Lde/startseite/Sport+\\_Freizeit/Sport+fuer+Aeltere.html](http://www.heidenheim.de/Lde/startseite/Sport+_Freizeit/Sport+fuer+Aeltere.html)



Thema 1  
Hallensituation

- Die Karl-Rau-Halle sollte nur noch erhalten und nicht mehr aufwändig renoviert werden. Dafür sollte eine Mehrfeldhalle in den nächsten Jahren am gleichen Standort entstehen.

Die Fokusgruppe würde sich mit ihren Mitgliedern gerne an der Planung einer solchen Mehrfeldhalle beteiligen und dadurch Ideen und Vorstellungen durch die „Praktiker“ einbringen.

Ob Umbau oder Abriss der Karl-Rau-Halle wirtschaftlicher ist, wurde noch nicht abschließend geprüft. Sollte sich der Neubau einer Mehrfeldhalle als günstiger erweisen, wird die Fokusgruppe miteinbezogen.



Thema 2  
Kindergartensport

- Vorschulkinder können in naheliegenden Grundschulen am Sportunterricht der Klasse 1 teilnehmen (z. B. Ostschule). Schulen mit eigenen Sporthallen könnten im Gespräch mit umliegenden Kindergärten Hallenzeiten für die Kindergärten reservieren und diese im Stundenplan „blocken“. Alle Träger von Kindertageseinrichtungen haben die Möglichkeit, Hallenkapazitäten zu belegen.

Die Stadt beteiligt sich an der Hallenmiete. Einige nehmen das Angebot bereits wahr.

Die Möglichkeit der Kooperation zwischen Verein und Kindertageseinrichtungen wurde am „Runden Tisch“ mit den kirchlichen Vertretern erläutert.

Bei der ersten Sitzung im Frühjahr 2014 wurde als weiterer Schritt die Ausdehnung des Kindersportabzeichens zusammen mit dem Sportkreis angesprochen.

Daraufhin wurde die Voith-Kindervilla erstmals im Sommer 2014 berücksichtigt. Der Sportkreis möchte nun sukzessive die anderen Kindergärten einbeziehen.

Allen Kindertageseinrichtungen ist es bekannt, dass sie Sporthallen in Absprache mit der Stadt belegen können.

Auch „Kinder in Bewegung“ (hsb) bieten ihre Zusammenarbeit an.

Das Interesse ist jedoch sehr unterschiedlich.



Thema 3  
Leistungssport

- Das MPG wird aufgrund seiner Ausrichtung und Anbindung an das Sportinternat mit Wohngruppen für Leistungssportler und als „Partner des Sports“ als Vorreiter genommen.

Es sollen Möglichkeiten für eine Spitzensportschule von der Stadt erarbeitet werden.

Seit Februar 2016 haben das Max-Planck-Gymnasium, der Schulverbund Heckental sowie die Kaufmännische Schule des Landkreises das Zertifikat des Deutschen Fußballbundes „Eliteschule des Fußballs“. Ferner sind das Max-Planck-Gymnasium und die Eugen-Gaus-Realschule „Partnerschulen Fechten“.

- Die Möglichkeit der Stadt, Lehrer, die Leistungssportler oder Trainer sind, in Heidenheimer Schulen einzustellen, sollte genutzt und unterstützt werden, unabhängig von der Sportart und deren Erfolg in Heidenheim.

2014 ist es in zwei Fällen gelungen, Trainer in Arbeitsverhältnisse örtlicher Unternehmen zu vermitteln. In Absprache mit dem Verein und dem Staatlichen Schulamt konnten zwei Trainer als Lehrkräfte an Heidenheimer Schulen gewonnen werden. Die Stadt engagiert sich weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten.



Thema 3  
Leistungssport

- Die Bereitstellung von Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsplätzen für Leistungssportler und Trainer sollte von der Stadtverwaltung gegenüber den hiesigen Unternehmen mehr in den Fokus gestellt und selbst genutzt werden.

Die Stadt engagiert sich weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten.



Thema 4  
Tag der offenen Halle

- Die Veranstaltung wurde zwar wenig besucht, da es wohl einfach an den Werbemitteln haperte, dennoch wurde sie sowohl von den ausführenden Abteilungen als auch von den Besuchern als eine tolle Veranstaltung gesehen. Diese Veranstaltung soll wieder stattfinden.

Eine Liste mit Verbesserungen ist innerhalb der Fokusgruppe Sport bereits in Arbeit.

Ein Treffen der Fokusgruppe zur Besprechung der Ergebnisse und Beratung über das weitere Vorgehen hat bisher nicht stattgefunden. Für weitere Projekte wurde bislang um keine Unterstützung gebeten.

Thema 4  
Tag der offenen Halle

- Weitere Projekte wie „Heidenheim lernt schwimmen“ oder „Heidenheim macht das Sportabzeichen“ bedürfen einer längeren Zeitspanne und sind in Zusammenarbeit mit hiesigen Sportvereinen und der Stadt zu verwirklichen. Denn diese Angebote sollten sich altersübergreifend darstellen.

Seitherige Initiativen zusammen mit dem Sportkreis „Netzwerk Sport und Schule“ sind nicht weiterverfolgt worden. Andere Aufgaben sind in der Priorität nach vorne gerückt.



Thema 5

Verbessertes Angebot durch die Sportvereine

- Über die Internetseite der Stadt sollte man auf die Seiten der Sportvereine geleitet werden, um sich dort über das Angebot informieren zu können.

Die Verlinkung zu den Seiten der Sportvereine ist erfolgt.

- Sportangebote wie Camps in den Ferien sollten nicht nur für die Hauptferien, sondern auch für alle anderen Ferientermine über die Internet-Seite der Stadt veröffentlicht werden. Somit könnten sich Familien darüber informieren, ob und durch wen eine Ferienbetreuung möglich ist und somit Berufstätige entlastet werden können.

Das Ferienprogramm für Ostern, Sommer und Winter sowie erlebnispädagogische Freizeiten sind auf [www.heidenheim.de](http://www.heidenheim.de) hinterlegt. Weitere Sportprogramme sind auf den Vereinsseiten veröffentlicht.



Thema 5

Verbessertes Angebot durch die Sportvereine

- Es soll in der Innenstadt eine zentrale Stelle geben, z. B. Schaukasten o. ä., auf dem alle „Tagesangebote“ auf einen Blick zu sehen sind, bei der man aber auch gezielt nach Alter und Sportart suchen kann.

Die Verantwortung dafür übernimmt der Sportkreis, dem dies schon längere Zeit ein Anliegen ist.

Die Stadt betreibt gemeinsam mit der HZ einen regionalen Veranstaltungskalender, in den auch die Vereine kostenlos ihre Angebote einpflegen können. So lassen sich tagesgenau alle Sportangebote abrufen. Die Sportvereine müssen die Termine einpflegen.



FAZIT

Drei von fünf Anliegen der Fokusgruppe konnten umgesetzt werden. Die Themen haben überzeitliche Aktualität und waren Bausteine bei der Rezertifizierung für das IHK-Audit „Ausgezeichneter Wohnort für Fach- und Führungskräfte“, welches die Stadt mit höchster Punktzahl bestanden hat.



- **Neuaufgabe des Flyers „Nette Toilette“ und Ergänzung von Still- und Wickelmöglichkeiten, Veröffentlichung im Internet**

Die Flyer sind überarbeitet und im Stadtgebiet verteilt worden sowie im Internet im Frühjahr 2015 veröffentlicht.

Einen zusätzlichen Service bietet die „Nette-Toilette-App“ über Mobiltelefon.

- **Begrüßungstasche für Neubürger**

Vorgepackte „lebenssituationsorientierte“ Begrüßungstaschen entsprechen in der Praxis oft nicht den Bedürfnissen der Neubürger, da diese so vielfältig wie die Menschen selbst sind.

Um das Anliegen der Fokusgruppe aufzugreifen, gibt es seit 2016 einen Prospektständer für Neubürger, an dem sich jeder selbst interessenorientiert eine Tasche befüllen kann.

- **Neuaufgabe „KidsPlan“**

Der KidsPlan ist seit September 2014 neu aufgelegt.



- **Installieren eines Arbeitskreises Kinder und Familie auf städtischer Ebene.**

Die Ideen des Familienforums 2004 wurden bis 2008 vollständig umgesetzt.

Im „Nachfolgegremium“ Generationenforum haben auch Eltern und junge Familien die Möglichkeit, sich einzubringen.

- **Heidenheimer Spielkiste**

Nachdem von Seiten der Stadtverwaltung keine Befürwortung im Kulturausschuss ausgesprochen wurde, haben die Mitarbeiter der Gruppe das Thema abgeschlossen.

Das Thema wird nicht weiter verfolgt.